

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Kultur und Europa

3. Sitzung
28. Februar 2022

Beginn: 14.01 Uhr
Schluss: 17.17 Uhr
Vorsitz: Laura Neugebauer (GRÜNE)

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Aktuelle Fragen auf EU-Ebene und EU-
Angelegenheiten von Berliner Relevanz**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0044](#)
KultEuro

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Aktuelle pandemiebedingte Entwicklungen in der
Berliner Kulturlandschaft**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0019](#)
KultEuro

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0045](#)
KultEuro
Darstellung der Leitlinien der Regierungspolitik für den Bereich Kultur durch den Senator für Kultur und Europa
(auf Antrag der Fraktion der CDU)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0053](#)
KultEuro
Das 100-Tage-Programm des Senats und zentrale Vorhaben der Legislatur
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

Vorsitzende Laura Neugebauer: Die Begründung des Besprechungsbedarfs zu Punkt 4 a) durch die Fraktion der CDU übernimmt Herr Dr. Juhnke.

Dr. Robbin Juhnke (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Zur Begründung des Besprechungspunktes der CDU zum Thema „Leitlinien der Regierungspolitik“: Es stellt sich ohnehin eine ausreichende Begründung dadurch, dass wir eine neue Legislaturperiode haben, und es gibt neue Schwerpunkte, auch wenn die handelnden Personen bzw. die sie tragenden Fraktionen zum Teil die gleichen sind. Das allein wäre schon ein Grund, das hier zu besprechen. Aber wir stehen ja in einer Situation, die ihresgleichen sucht. Es hat durch die Coronakrise seit der Nachkriegszeit für die Kultur keine einschneidenderen Bedingungen gegeben. Das ist schon eine riesige Herausforderung, die uns auf der einen Seite sicherlich darin begegnet, dass wir uns vorstellen müssen, wie es eigentlich mit der Kulturpolitik, mit der Kultur, die wir uns wünschen und die wir befördern können, nach Corona aussieht. Gleichzeitig ist Corona eine massive Bedingung, die uns in der Frage finanzieller Möglichkeiten einschränkt. Darüber sollten wir auch offen reden. Ich erwarte auch vom Senat eine klare Einschätzung in der Frage, was wir uns in der Zukunft leisten können, damit wir hier gemeinsam entscheiden können, was wir uns in der Kulturförderung und anderen Dingen leisten wollen. Darüber müssen wir reden. Das sind die großen Rahmenbedingungen, in denen wir uns bewegen. – Damit will ich es bewenden lassen, denn wir wollen die Zeit sicherlich auch für die Diskussion danach nutzen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Ich habe von den Koalitionsfraktionen mitgeteilt bekommen, dass es keinen weiteren Begründungsbedarf zum Tagesordnungspunkt 4 b) gibt. Dann würde ich für den Besprechungspunkt das Wort an den Senator Lederer geben.

Bürgermeister Dr. Klaus Lederer (SenKultEuropa): Vielen herzlichen Dank! – Verehrte Ausschussmitglieder! Frau Vorsitzende! Liebe digital zugeschaltete und anwesende Gäste – Frau Merkel, die bei uns im Raum sitzt! Ich bin sehr dankbar dafür, dass die CDU-Fraktion und die Koalitionsfraktionen mir hier die Gelegenheit geben, eingangs der Legislaturperiode mal ein paar Bemerkungen zu machen, die vielleicht über die nächsten drei Tage hinausreichen. Das kommt ja nicht so oft vor.

Herr Juhnke hat völlig recht, ich bin ja in gewisser Weise inzwischen – das hätte ich mir auch nicht vorstellen können – eines der dienstältesten Senatsmitglieder und das einzige, was quasi

in der Verantwortung den bisherigen Zuständigkeitsbereich weiter verantwortet. Ich bin nicht in der Situation, jetzt völlig neu anzufangen und ein völlig neues Themenfeld aufzureißen, sondern es wird natürlich Kontinuitäten geben; das ist vielleicht nicht so ganz überraschend. Trotzdem hat Herr Juhnke recht, wir haben mit Corona eine von uns so nicht geahnte Rahmenbedingung gesetzt bekommen, die das letzte Drittel der vergangenen Legislaturperiode de facto – ich nenne es mal so – überschattet hat. Corona wird uns in der einen oder anderen Art noch eine Weile erhalten bleiben; wie im Einzelnen, werden wir sehen. Wir alle hoffen, dass Corona schnell endemisch wird. Wir wissen aber nicht, ob wir nicht möglicherweise im Herbst noch mal in die Situation kommen, wo besondere Maßnahmen nötig sind. Das werden wir alles schauen.

Dazu kommt die Situation, die wir heute hier eingangs ausführlich besprochen haben, von der wir auch noch nicht wissen, welche Konsequenzen sie hat. Wenn die Zuspitzung in der Ukraine, so wie sie derzeit stattfindet, wenn dieser völkerrechtswidrige Krieg fortgesetzt wird, dann wird das Konsequenzen haben, und zwar auch für Deutschland und Berlin. Wenn wir hier Menschen helfen müssen, werden auch dafür Ressourcen nötig sein, und deswegen bin ich sehr zurückhaltend damit, Prognosen darüber abzugeben, wie sich die Spielräume insgesamt in den kommenden fünf Jahren entwickeln werden.

Ich kann aber eins sagen, dass wir, Corona im Hinterkopf, von Anfang an gesagt haben, dass wir versuchen wollen, die Coronamaßnahmen und die Coronakosten kreditzufinanzieren und nicht über die strukturellen Haushaltsabwüchse abzubilden. Wenn wir das nämlich täten, dann könnten wir alle unsere Überlegungen zur Weiterentwicklung der Kulturpolitik hier sofort in die Tonne treten. Das gilt für viele andere Fachbereiche im Kern genauso. Sondern wir haben uns verständigt, und Ausdruck dessen sind dann eben auch die Richtlinien der Regierungspolitik, dass wir eine Haushaltsentwicklung in den Folgejahren vollziehen wollen, die es uns ermöglicht, in sehr überschaubarem Maß zusätzliche Kosten stemmen zu können. Je nachdem, wie sich die wirtschaftliche Lage und die Einnahmesituation des Landes Berlin entwickeln, kommen wir vielleicht besser weg – oder schlechter weg, dann muss nachgesteuert werden.

Erst mal haben wir aber mit Blick auf den vergangenen Herbst und auf die abzusehende Finanzentwicklung gesagt, dass wir in einem sehr geringem Maß zusätzliche Personalmittel auf der Ebene der Hauptverwaltung bereitstellen können. Wir werden die konsumtiven Sachausgaben pro Haushaltsjahr in etwa um 2,5 Prozent steigen lassen können. Bei den Investitionen, die im Haushalt nur insoweit eine Rolle spielen werden, als dass sie die nächsten zwei Jahre relevant werden, wird es bis zum Sommer eine Überarbeitung der Investitionsplanung geben müssen. In dem Zusammenhang werden wir auch noch mal priorisieren müssen, welche der vielen Investitionsvorhaben, die wir uns vorgenommen haben, wir nach vorne ziehen und welche wir gegebenenfalls auch schieben müssen, auf welche man gegebenenfalls auch verzichten kann. Mir fallen im Kulturbereich allerdings nicht so viele ein, auf die man verzichten kann. Trotzdem bedeutet Priorisierung natürlich immer auch, dass etwas nach hinten geschoben werden muss oder gegebenenfalls infrage steht.

Vieles, was in den vergangenen fünf Jahren eine zentrale Grundlinie der Berliner Kulturpolitik war, soll auch in der Folge eine bleiben. Die meisten Schwerpunkte, die ich Ihnen heute vorstelle, werden denjenigen, die schon länger dabei sind, nicht unbekannt vorkommen. Es gibt auch nach den begonnenen fünf Jahren immer noch genug zu tun. Manche Dinge –

Stichwort, Frau Billig: Atelierräume, Arbeitsräume, Präsentationsräume – sind Daueraufgaben, wo man in fünf Jahren einiges erreicht hat, aber auch sagen kann, dass die Herausforderungen nicht kleiner geworden sind, um es vorsichtig auszudrücken. Wir werden weiter daran arbeiten müssen. Manches kann man neu anstoßen, manches muss man einfach nachschärfen.

Ich habe vor fünf Jahren hier gesagt, dass die allererste Aufgabe von Kulturpolitik ist, die Freiheit der Kunst zu schützen – einer Kunst, die keinem äußeren Zweck dienen muss. Einige von Ihnen waren damals dabei und werden sich erinnern. Das ist nach wie vor die grundlegendste Aufgabe von Kulturpolitik, jeder demokratischen Kulturpolitik. Die Kunstfreiheit ist ein kostbares Gut, das nach wie vor verteidigt werden muss. Wir neigen in Berlin dazu, uns vor ernstlichen Bedrohungen dieser Freiheit gefeit zu fühlen. In der Tat ist Berlin, wenn wir das in der internationalen Resonanz sehen, ein Leuchtturm der Freiheit und gilt für viele Künstlerinnen und Künstler, Journalistinnen und Journalisten und kritische Intellektuelle als ein sicherer Hafen von Liberalität und Weltoffenheit. Als Senat wollen wir zu diesem welt-offenen Berlin auch weiterhin nach Kräften unseren Beitrag leisten.

Anfeindungen gegen die Künste, Ressentiments, gegen die wir uns wehren müssen, erleben wir leider auch hier. Es gibt in Deutschland insgesamt immer noch wieder bedrohliche Vorfälle. So werden in Zwickau Vernissagen des Kunstvereins „Freunde aktueller Kunst“ immer wieder von Neonazis gestört und bedroht mit Rufen wie: Das ist eine deutsche Galerie. Warum stellen die Ausländerinnen aus? Das werden wir ändern.“ – Da sage ich nur: Wer das alles für bedauerliche Einzelfälle hält, kann sich die in der „Süddeutschen Zeitung“ zusammengestellte Chronologie kunstfeindlicher Übergriffe zu Gemüte führen, die in den vergangenen Jahren passiert sind. Ich finde diese Zusammenstellung ziemlich erschreckend.

Wir haben in Corona – das war ja eben schon Thema – noch eine andere, vielleicht weniger auffällige, aber durchaus handfeste Bedrohung der Kunstfreiheit, wenn wir Kunstfreiheit nicht rein negativ als Abwesenheit von äußerem Zwang sehen, sondern anerkennen, dass Kunst und Kultur zu ihrer Entfaltung auch auf gesellschaftliche und ökonomische Rahmenbedingungen angewiesen sind. Dann dürfen wir feststellen, dass die beiden zurückliegenden Jahre alles andere als einfach waren. Ich kann nur noch mal darauf verweisen, wie lange Zeit die ignorante Einordnung der Kultur als Freizeitvergnügen im Infektionsschutzgesetz des Bundes fatal war.

Die mehrfache Schließung weiter Teile der Einrichtungen für das Publikum waren für die Kultur in Deutschland und Berlin eine große Bürde. Die reine Verlegung ins Digitale oder ins Streaming waren natürlich kein wirklich adäquater Ersatz. Ich würde auch sagen, es war vielleicht nicht alles davon unvermeidbar, das zeitweilige bundesweite Verbot von Veranstaltungen im Freien war im damals schon gefestigten Wissen um die Verbreitungswege des Virus aus meiner Sicht geradezu bizarr. Ich habe versucht, in Berlin immer einen Kurs zu vertreten, der einerseits den Schutz der Gesundheit und andererseits den Schutz der Kunstausübung beherzigt. Das haben wir mal mehr und mal weniger gut hinbekommen. Aber ich bin froh, dass das Engagement der Kulturministerinnen und -minister dazu geführt hat, dass man auf der Bundesebene bei den Veränderungen am Infektionsschutzgesetz den Stellenwert der Kunstfreiheit anders gesehen hat, als es noch die ersten ein bis anderthalb Jahre der Fall gewesen ist.

Temporäre Schließzeiten sind das eine, aber wir werden auch wirtschaftliche Nachwirkungen und Härten haben, die weit über diese Schließzeiten hinausgehen und die vielleicht tatsächlich eine anhaltende Bedrohung für die Kunst darstellen, vor allem für private Kulturbetriebe, für die freiberuflichen und soloselbständigen Kulturleute. Wir wissen alle und haben uns im Senat schwer und unmittelbar darum bemüht, dass Hilfen schnell und unbürokratisch an die Leute kommen. Das hat in Berlin ganz gut geklappt. Ich bin davon überzeugt, dass diese Hilfgelder auch extrem gut angelegt waren. Aber es gibt durchaus die Befürchtung vieler Selbständiger, vieler kleiner Kulturbetriebe, auch öffentlicher Kulturinstitutionen, dass das dicke Ende noch kommt, wenn nach der Pandemie der Rotstift angesetzt wird, weil viele die Erfahrung gemacht haben, dass in Zeiten knapper Kassen zunächst bei den sogenannten freiwilligen Ausgaben gekürzt wird. Kultur gilt nach allem immer noch als freiwillige Ausgabe. Das werden wir so nicht tun. Wir werden nicht mit dem Rotstift durch den Haushalt gehen. Der Haushaltsentwurf, den wir morgen im Senat beschließen werden und der uns dann in den nächsten Wochen und Monaten im Kulturausschuss und im Hauptausschuss beschäftigen wird, wird das deutlich zeigen.

Ja, es wird nicht mehr dieselben Aufwüchse geben, wie wir sie aus den vergangenen fünf Jahren kennen. Es wird nicht alles auf einmal gehen. Ich habe eben schon gesagt, dass man die eine oder andere Investition vielleicht zeitlich strecken muss. Aber wir wollen insgesamt weiter massiv investieren, und wir wollen auch den Kulturhaushalt, der in den vergangenen fünf Jahren deutlich gewachsen ist, auf dem bisherigen Niveau weiterführen und sogar moderate Steigerungen ermöglichen, also beispielsweise so etwas wie die Tariferhöhung vor die Klammer zu ziehen, was wir seit 2016 immer gemacht haben. Wir haben gesagt, dass wir das nicht aus den künstlerischen Etats quersubventionieren lassen. Das bleibt für uns ein Ziel Nummer eins.

Wir haben im Senat Einigkeit, dass wir die Coronahilfsprogramme auch für die Kultur – ich sage jetzt bewusst „auch für die Kultur“ – so lange fortsetzen, wie es erforderlich ist. Wir werden das kreditfinanzieren. Das wird nicht zulasten der regulären Ausgaben gehen. Das ist aus meiner Sicht in dieser Situation auch exakt das, was wir tun müssen.

Wir haben uns im 100-Tage-Programm vorgenommen, die Programme jetzt so weiterzuentwickeln, dass wir ein Anfahren in eine neue Normalität ermöglichen. Sobald wir das Gefühl haben, wir sind bei der Dynamik des Pandemiegeschehens erst mal aus dem Größten raus, soll die bisherige Liquiditätshilfe IV für Kultur- und Medienbetriebe durch eine Hilfe abgelöst werden, die passgerechter und für das Anfahren geeigneter ist. Wir haben in der Vergangenheit immer das Delta zwischen Einnahmen und Ausgaben finanziert, also zwischen Fixkosten und weggebrochenen Einnahmen, nicht mehr und nicht weniger. Das war für Clubs und Livemusikspielstätten extrem wichtig, das war auch für andere Kulturorte extrem wichtig. Wir haben es damit, glaube ich, geschafft, dass wir, bisher jedenfalls, keine ökonomischen Bankrotterklärungen einzelner Kulturbetriebe vermelden müssen. Wir wissen aber auf der anderen Seite natürlich auch, dass in diesen zwei Jahren alles unterblieben ist, was man normalerweise macht, neue Programme, Investitionen vornehmen. Es wurden zum Teil Kredite aufgenommen, die jetzt immer noch da sind. Die verschwinden ja nicht, weil die Pandemie vorbei ist. Sie müssen also in irgendeiner Weise abgelöst werden. Deswegen wollen wir über eine reine Liquiditätssicherung hinausgehen und mit den betroffenen Betrieben gemeinsam darüber nachdenken, wie wir eine Hilfe hinkriegen, die auch Kredittilgungen ermöglicht, die

liegende gebliebene Investitionen in die Kulturbetriebe ermöglicht, die Programmhilfen ermöglicht. Diese Dinge wollen wir hinbekommen.

Das Nächste ist, dass wir nach Corona auch einiges tun wollen, um das kulturelle Leben in Gang zu bekommen und leuchten zu lassen. Dazu gehört als zweiter Baustein des 100-Tage-Programms der Kultursommer für die ganze Stadt, gerade weil wir wissen, dass viele von uns durch die Pandemie ausgelaugt sind und sich vielleicht einfach nach schönen Kunst- und Kulturerlebnissen sehnen, dass aber die Teilhabeschere durch die Pandemie noch mal weiter aufgerissen worden ist zwischen denen, die in den regelmäßigen Kulturgenuss kommen, und denjenigen, die davon eher abgeschnitten sind. Deswegen wollen wir versuchen, diesen Nachholeffekt und Nachholbedarf zu adressieren und zu einem gemeinsamen Durchatmen, zu einem Fest der Kultur nach dem endlosen Coronablues zu kommen.

Das soll ein buntes Kulturangebot für alle Berlinerinnen und Berliner sein, auch die Unterstützung für Kulturschaffende, aber es geht hier in allererster Linie mit dem Kultursommer um die Bereitstellung einer Infrastruktur, wo beispielsweise Produktionen, die jetzt gemacht werden und gemacht worden sind, auf die Bühne gebracht werden können, wo Ensembles, die in der Vergangenheit nicht oder zu wenig spielen konnten, mal wieder die Möglichkeit haben, unter Leuten, draußen, zu spielen, kostenlos, niedrigschwellig, wo alle Berlinerinnen und Berliner hinkommen können, durchaus auch mit einem landesweiten Förderprogramm, mit zentralen Highlights sowie mit dezentralen Aktivitäten vor Ort.

In allen Bezirken, im Grünen, am Wasser wollen wir kostenlose Kulturveranstaltungen aller künstlerischen Genres und Sparten für alle ermöglichen. Das soll am kalendarischen Sommeranfang beginnen, mit der Fête de la Musique am 21. Juni, und bis in den September hinein laufen. Es soll für die Leute einfach richtig schön sein, ihre Stadt und das Zusammensein miteinander mal wieder zu genießen. Die konzeptionellen Planungen dafür sind in vollem Gange. 100 Tage sind ja noch nicht rum. Es heißt ja bewusst 100-Tage-Programm und nicht 50- oder 70-Tage-Programm. Wir werden das in den kommenden Wochen weiter konkretisieren und in den Diskussionen noch vertiefen können.

Wir wollen außerdem – das schieben wir jetzt erst mal nach hinten, weil die anderen Dinge schneller erledigt werden müssen, schneller geschehen müssen – mit einem Jugendkulturticket eine Möglichkeit schaffen, Jugendlichen einen besseren und niedrigschwelligen Zugang zu Berliner Kultureinrichtungen zu ermöglichen. Dazu soll es ein Angebot geben, was gerade gezielt junge Menschen in Berlin mit den hier vor Ort existierenden Kulturinstitutionen vertraut macht und sie einladen soll, diese erstmalig nach der Pandemie neu für sich zu entdecken. Das tun wir, weil wir wissen, wie prägend das Erleben von Kunst und Kultur gerade in jungen Jahren ist. Ich glaube ja immer, dass es für das spätere Leben zentral wichtig sein wird, dass junge Menschen am besten vom Kindergarten an die Berührung zu verschiedenen künstlerischen Ausdrucksformen, mit verschiedenen Formen künstlerischen Gestaltens hatten. Um zu verstehen, dass diese zwei Jahre, die wir gerade hinter uns haben, in so einer Phase besonders negativ ins Gewicht fallen, dazu braucht man, glaube ich, keine pädagogische Ausbildung. Deswegen geht es uns darum, dass wir jungen Menschen, die in der Pandemie besonders verzichten mussten, ermöglichen wollen, vielleicht mit ihren Freundinnen und Freunden, mit ihrer Familie auch dann ins Theater zu gehen, wenn sie wenig Geld haben.

Da sind wir eigentlich schon bei einem Thema, was auch unabhängig von Corona zentral ist, nämlich bei der kulturellen Teilhabe. Dass Kunst und Kultur allen Menschen offenstehen sollen, Kulturpolitik die Aufgabe hat, diese Zugänge zu ermöglichen und auch bestehenden Ungleichheiten bei den Teilhabechancen entgegenzuwirken, ist zumindest für mich und war in den vergangenen fünf Jahren Kern einer spezifisch progressiven Kulturpolitik, die niemanden zurücklässt. Wir wissen auch, dass das ein dickes Brett ist in einer Gesellschaft, in der es einen selektiven Zugang zu Bildungs- und kulturellen Ressourcen gibt und wo genau dieser Zugang zu solchen Bildungs- und kulturellen Ressourcen auch neben ökonomischen Möglichkeiten ein zentraler Mechanismus ist, der soziale Positionen zuweist und gegebenenfalls Ungleichheiten verfestigt.

Um dagegen anarbeiten zu können, braucht es nicht nur Kulturpolitik, es braucht auch eine progressive Bildungspolitik, die ernsthaft auf einen Ausgleich der durch die jeweiligen Elternhäuser sehr unterschiedlich verteilten Teilhabechancen hinarbeitet. Das ist auch eine sozialpolitische Frage, denn wir wissen alle, dass das soziokulturelle Existenzminimum im Hartz-IV-Regelsatz bei Weitem nicht das ist, was wir bräuchten, um Kindern und Jugendlichen diese Teilhabe zu ermöglichen. Es ist auch nötig, dass es dazu eine engagierte Stadtentwicklungspolitik gibt, die für wohnortnahe soziale und kulturelle Angebote einen Blick hat, in den bestehenden Nachbarschaften genauso wie in den neu entstehenden Stadtquartieren. Man könnte diese Liste mit Sicherheit noch weiter fortsetzen.

Wenn wir aber auf den engeren Kernbereich der Kulturpolitik zurückkommen, gibt es auch relevante Maßnahmen, die wir ergreifen können. Das haben wir getan, und das wollen wir auch in Zukunft tun, um die Teilhabe an Kunst und Kultur für möglichst alle in der Stadtgesellschaft zu gewährleisten und nicht nur ausschließlich für die etablierten, mehrheitlich weißen, mehrheitlich älteren Menschen, die derzeit in den Museen und Kultureinrichtungen immer noch die große Mehrheit bilden.

Wir haben – das wissen Sie – vor zwei Jahren hier in Berlin das bundesweit einzigartige Institut für kulturelle Teilhabeforschung etabliert. Wir haben dafür gesorgt, dass regelmäßige Studien zu Kulturbesucherinnen- und -besuchern und Nichtbesucherinnen und -besuchern erstellt werden, damit wir als Kulturpolitik, aber auch die Einrichtungen selbst wichtige Einblicke darin erlangen, welche Teile der Gesellschaft wir erreichen und welche nicht und wie wir gezielt Initiativen starten und die Aktivitäten in den Einrichtungen genauso wie die Kulturpolitik gegebenenfalls evaluieren und neu steuern können.

Maßnahmen wie den eintrittsfreien Museumssonntag an jedem ersten Sonntag im Monat, den wir im vergangenen Sommer mit wirklich großem Erfolg gestartet haben, werden wir fortsetzen. Dazu hat sich die Koalition zu meiner großen Freude bekannt. Die ersten Befragungsergebnisse zeigen, dass es wirklich ein großer Teil der Besucherinnen und Besucher ist, der durch den eintrittsfreien Sonntag erstmalig in die Kultureinrichtungen, in die Museen kommt.

Dass wir ein großes Augenmerk auf die Stärkung der Kinder- und Jugendtheater gelegt haben und auch weiter legen wollen, hat natürlich auch mit diesem Teilhabeaspekt zu tun. Deshalb haben wir auch Bildungsangebote in den Kulturinstitutionen deutlich ausgebaut, die Vernetzung mit den Kiezen, mit dem Umfeld und dem schulischen Bereich massiv gestärkt und wollen das auch weiterhin tun, auch mit einer weiteren Stärkung der Musik- und Jugendkunstschulen.

Das 3-Euro-Ticket für Theater, Opern und Konzerthäuser, das 2005 eingeführt worden ist, wollen wir für die Berlinpassberechtigten in dieser Legislaturperiode noch attraktiver gestalten. Bisher ist es die Logik der nicht verkauften Restkarten. Wir hoffen, dass wir zu einer Umstellung kommen, feste Kartenkontingente bereitstellen zu können, sodass wir nicht mehr immer nur das Glücksmoment haben – kriege ich oder kriege ich nicht –, sondern dass wir auch bei begehrten und regelmäßig ausverkauften Stücken und Vorstellungen eine reale Bezugsmöglichkeit zu 3 Euro hinbekommen. Das wäre ein weiterer großer Schritt, nach den Museen auch bei den Bühnen eine andere Form des Abbaus finanzieller Zugangshürden zu erreichen.

Die meistbesuchten Kultureinrichtungen in unserer Stadt sind aber immer noch die Bibliotheken. Die sind in der Regel auch diejenigen Einrichtungen mit den niedrigsten Zugangsschwellen. Ich hoffe, dass uns der Haushaltsbeschluss des Senats erlauben wird, in die Umsetzung der mit vielen Akteuren von Fach- und Stadtgesellschaft erarbeiteten Bibliotheksentwicklungsplanung einzusteigen.

Mit dem in dieser Planung vorgesehenen Bibliotheksstärkungsfonds wollen wir die Lese- und Schreibförderung forcieren. Wir wollen die Medienpädagogik verbessern, digitale Teilhabe und Community-Arbeit. Das heißt also, wir wollen die Bibliotheken in den Bezirken als Wohnzimmer der Stadtgesellschaft, als Orte des Wissenserwerbs, als Orte des lebenslangen Lernens, aber auch der Begegnung im Kiez, zum Wohlfühlen, ohne dass man da Essen kaufen und bezahlen muss, stärken, und deswegen ist es auch wichtig, dass wir den Neubau der ZLB am Blücherplatz mit höchster Priorität weiter vorantreiben. Ich glaube, dass Berlin diese an einem Standort endlich zusammengeführte ZLB dringend braucht, und ich hoffe, dass wir mit dem Architekturwettbewerb, wo ich große Freude habe, der hoffentlich bald ausgelobt wird, einen Blick, eine Idee entwickeln oder eine Idee für uns selber bekommen, was da möglich ist, und dass wir dann in die Realisierungsschritte gehen. Ich glaube, dass ein solcher Neubau auch ganz andere Funktionen hat. Wir planen und denken heute Bibliotheken anders. Helsinki und Aarhus sind Stichworte dafür. Deutschland hängt da noch ganz schön hinterher, und ich würde mich schon freuen, wenn wir in Berlin zeigen können, dass Bibliotheken heute ganz anders gehen mit Blick auf die Breite der Stadtgesellschaft.

Ein zentrales Thema ist gute Arbeit in der Kultur. Ich habe es vorhin schon gesagt. Wir wollten – und haben es in der vergangenen Legislaturperiode auch geschafft – so etwas wie eine Tarifierhöhung vor die Klammer ziehen, um in den Kultureinrichtungen den künstlerischen Etat damit nicht belasten zu müssen. Wir haben aber auch andere soziale Voraussetzungen für die Kunstfreiheit. Das Stichwort Solo-Selbständige, Freiberuflerinnen und Freiberufler ist immer in der Pandemie ein Thema gewesen. Auch die Kulturministerkonferenz hat sich auf die Tagesordnung genommen, darüber ernsthaft weiter zu reden, denn die Absicherung von Menschen in prekären Lebenssituationen betrifft auch, aber nicht nur Kulturschaffende. Es bräuchte eigentlich auch weitergehende, weitergedachte Lösungen dafür. Wenn ich aber im Augenblick höre, dass sich viele Kulturveranstalter Sorgen machen, ob Menschen, die sich während der Pandemie umorientiert haben, danach überhaupt wiederkommen, ob das Reguläre, was wir kennen im Veranstaltungsbetrieb, in der Veranstaltungstechnik, im Catering, alles das, was man braucht für gelingende Kulturveranstaltungen, noch so funktioniert – da gibt es große Sorgen –, und ich muss ganz ehrlich sagen, ich teile die ein Stück. Ich höre überall aus den Szenen, aus den Einrichtungen, dass es zunehmend schwerer wird, die banalen Infrastrukturen, die man braucht zur Aufrechterhaltung von Kunst und Kultur, am Laufen zu halten.

Die KSK ist wichtig, aber erstens sichert sie nicht alle, und zweitens sichert sie auch nicht gegen Erwerbslosigkeit, und in der Veranstaltungsbranche, also dem eben adressierten Thema, hilft sie den meisten gar nicht. Die sind nämlich nicht in der KSK. Die sind allgemein Solo-Selbständige und Freiberuflerinnen und Freiberufler.

Wir haben die Debatte um Mindestlöhne, Mindestgagen in der Kunstszene seit einigen Jahren. Da müssen wir auf Bundesebene zu anderen Regulierungen und auch zu anderen Absicherungen kommen, und ich hoffe, dass die Verletzlichkeit der Szenen und Branchen in der Pandemie das jetzt auch noch mal deutlich gemacht hat und dass wir ernsthaft und mit praktischen Konsequenzen diese Diskussion führen können. Ich hoffe auch, in der neuen Kulturstatsministerin eine Verbündete in der Sache zu bekommen, weil es generell andere Formen, bessere solidarische Formen sozialer Absicherung braucht.

Wir werden natürlich weiter an der Frage arbeiten, ob unsere Mindeststandards, die wir in Berlin haben, die Ausstellungshonorare für Künstlerinnen und Künstler in kommunalen Gale-

rien, die Honorare für Musikschullehrkräfte, für Referentinnen und Referenten in den Museen und Gedenkstätten, für Jugendkunstschullehrerinnen und Jugendkunstschullehrer mit der Zeit nicht auch entsprechend angepasst werden müssen. Das haben wir in den vergangenen fünf Jahren auch wieder gemacht, aber auch das muss im Blick behalten werden. Wenn wir über Inflation reden, wenn wir über Reallohn und Verluste reden, dann hat das auch Konsequenzen in diesem Bereich. Ich hoffe, dass wir das hinbekommen. Wir sind weiter dabei, dass wir die Einführung von Tarifverträgen an von uns geförderten Einrichtungen unterstützen, die noch keinen haben, wie es uns beispielsweise 2019 nach über 27 Jahren Tariflosigkeit am Berliner Ensemble gelungen ist oder auch bei den Kulturprojekten als landeseigene Einrichtung, die lange Zeit ohne Tarifvertrag gearbeitet hat. Dieser Einsatz für gute Arbeit und soziale Absicherung kostet viel Geld und ist in der Regel auch wenig schillernd. Er schafft es auch selten ins Feuilleton, aber ich finde, er ist das ganz Zentrale. Ohne eine soziale Absicherung, ohne gute Arbeit – und Kunst ist Arbeit –, hat das alles wenig Sinn, und jetzt zu sagen, man macht nur schillernde Projekte und dem widmen wir mal nicht die Aufmerksamkeit, wäre der falsche Weg.

Räume und Infrastruktur: Wir haben seit 2016 ein entsprechend starkes Gewicht auf den Ausbau des Arbeitsraumprogramms gelegt. Wir haben die Raumnot der Künstlerinnen und Künstler, die sich auch vergrößert – trotz aller Bemühungen in diese Richtung; das muss man ganz klar sagen –, bei Verdrängung in der Stadt, bei Mietsteigerung in der Stadt immer noch zunimmt. Es gibt leider derzeit keinen Anhaltspunkt dafür, dass auf Bundesebene so etwas wie eine Regulierung des Gewerbemietrechts erfolgt, die in diesem Bereich ein bisschen Abhilfe schaffen könnte. Es ist da quasi alles möglich, wenn Verträge auslaufen.

Wir haben es zumindest geschafft, mit immensen Anstrengungen in den vergangenen Jahren in diesem Bereich erste Früchte ernten zu können. Wir haben bis Ende 2021 den Raumbestand auf über 2 000 Räume erhöhen können, sowohl durch Anmietung als auch durch Herrichtung von Landesliegenschaften. Wir wollen aber weitermachen, und es wird weiter ein absolut prioritäres Thema für uns sein und auch für das Bündnis Kulturräume Berlin. Wir müssen da auch die engere Kooperation mit der Stadtentwicklungs-, Bau- und Wohnungsverwaltung suchen, denn beim Bau von Atelierwohnungen, der stärkeren Zusammenarbeit mit landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften bei der Schaffung von Arbeitsräumen gibt es noch Potenziale, und wenn wir sowieso neu bauen, dann kann man auch Häuser bauen, in denen Menschen arbeiten können, in denen Atelierwohnungen mitgedacht werden. Aus meiner Sicht wird uns das keine kurzfristige Entlastung bieten bei den derzeitigen Planungsphasen, aber ich bin immer ein großer Freund davon, Kultur nicht nur für die Länge der eigenen Legislaturperiode zu betrachten, sondern darüber hinaus. Wir stünden jetzt besser da, wenn das auch vor meiner Zeit schon das Motto gewesen wäre. Wir werden weiter massiv in den Abbau des Sanierungsstaus und in den Ausbau der kulturellen Infrastruktur investieren. Das geht von der Sanierung der Komischen Oper bis zur Entwicklung der Alten Münze zum Kunst- und Kulturort. Wir wollen auch die Kulturräume in öffentlicher Hand durch strategische Ankäufe da, wo es sinnvoll ist, erweitern.

Digitalisierung ist ein zentrales Thema. Das Digitale und das Virtuelle haben in der Pandemie durch die physische Distanzierung einen großen Schub erfahren. Digitale Innovationen und Angebote sind regelrechte Rettungsanker gewesen, um überhaupt Kultur zum Publikum zu bringen, und dass unsere Kultureinrichtungen dafür vergleichsweise gut aufgestellt waren, hat aber auch damit zu tun, dass die digitale Entwicklung schon vor Corona weit oben auf unserer

Agenda stand. Hier möchten wir aber in den kommenden Jahren noch mal eine völlig neue Qualität erreichen.

Es ist das Feedback aus den Einrichtungen, dass die Bereitschaft, sich auf digitale Organisation, Produktion und Partizipation einzulassen, im Kulturbereich enorm groß ist, und die vielfältigen laufenden Aktivitäten nachhaltig zu verankern und zu koordinieren, wird die Herausforderung für die nächsten Jahre sein. Wir werden „kulturBdigital“ als Lab mit einem Kooperationsvertrag mit der Technologie-Stiftung verstetigen. Wir werden auch das extrem gut angenommene Förderprogramm „Digitale Entwicklung im Kulturbereich“ zur Verbesserung von Digitalbewusstsein und Digitalaffinität im Bereich der Kultur verstetigen und verbessern. Wir werden mit personeller Expertise, mit Weiterbildungsmöglichkeiten, mit Technik, Serverinfrastrukturen, Software-Lizenzen und Shared Services auch den digitalen Wandel unserer Einrichtungen stärken und aus Mitteln des Innovationsfonds die Anbindung der bezirklichen Kultureinrichtungen an das Glasfasernetz voranbringen.

Da gibt es unglaublich viele Facetten. Ich kann hier eigentlich nur Schlagworte aufrufen in der Kürze der Zeit. Ich glaube aber, wir sind mit dem neuen Haushaltsentwurf dann morgen auch gut gerüstet, um die Potenziale, die die Digitalisierung für Kulturvermittlung, für die Teilhabe, für den Abbau von Hürden bietet, nutzen zu können. Wir haben auch gelernt, dass, um Menschen mit Behinderung kulturelle Teilhabe zu ermöglichen, die Digitalisierung eine großartige Sache ist.

Wir werden die Fördersystematik und die freie Szene weiterhin stärken. Wir haben mit der einzigartigen und vitalen freien Szene in Berlin gemeinsam schon wichtige Anstrengungen unternommen, um die Fördersystematik zu evaluieren, auch zu verändern und Förderlücken schließen zu können. Wir werden in den kommenden Jahren versuchen, systematisch noch besser an die Sache heranzugehen und zu schauen: Wo gibt es Reformbedarf mit Blick auf Fördergerechtigkeit, Bedarfsgerechtigkeit, Diversität, Inklusion und Nachhaltigkeit? Das wollen wir gemeinsam mit den Künstlerinnen und Künstlern aus der freien Szene, mit den Interessenvertretungen, mit den Ankerinstitutionen und den Kulturorten und natürlich auch mit Ihnen hier im Parlament machen, denn dazu muss man die Debatten mit der nötigen Zeit führen.

Wir wünschen uns alle Entbürokratisierung, weniger Projektitis, mehr Langfristigkeit, mehr Freiräume. Wir wollen im Zuge auch schauen, wie wir Kooperationsmöglichkeiten zwischen Institutionen und freier Szene stärker etablieren können. Auf der anderen Seite haben wir dann auch wieder, ich erinnere mich, unsere unbürokratische Förderung im Bereich der Coronahilfen, wo es dann aber im Nachhinein hieß: Hättet ihr mal viel konkreter, hättet ihr mal viel detaillierter vorher geprüft. Hättet ihr mal viel umfangreichere Antragsunterlagen eingeholt! – Also in dem Widerspruchsfeld bewegen wir uns ein Stück weit auch immer. Aber trotzdem, glaube ich, haben wir da Spielräume. Wir können zumindest auch an unsere Einrichtungen Erwartungen äußern, selbst wenn die Kunstfreiheit und der freie Gestaltungsraum des künstlerischen Personals natürlich ganz oben steht. Dass öffentlich geförderte Infrastrukturbetriebe auch etwas für die freie Szene in der Stadt tun, kann man schon verlangen.

Wir werden unsere Einrichtungen auch noch enger begleiten, um überall ein diskriminierungsfreies und gutes Arbeiten zu ermöglichen. Wir wollen Sensibilitäten schärfen, damit die Menschen angstfrei arbeiten können und damit die Kunst im Mittelpunkt steht. Dazu haben

wir das Modellprojekt Fair Stage, das in der vergangenen Kulturausschusssitzung eine Rolle gespielt hat, entwickelt, das wir fortsetzen wollen. Wir wollen unsere Ansprechstellen und die Unterstützung der Einrichtungen, aber auch der Betroffenen in solchen Situationen verbessern. Auch das ist ein Prozess des permanenten Lernens. Ich würde nicht sagen, wir sind schon so weit, dass wir sagen können, wir haben das alles schon voll und ganz durch, sondern das ist ein permanenter Lernprozess, und ich bin sehr dankbar, dass wir da auch die Unterstützung vieler Akteure in den Institutionen, bei den Verbänden, in der freien Szene haben und das gemeinsam angehen.

Wir wollen auch bei der Gleichstellung vorankommen. Geschlechtergerechtigkeit ist ein wichtiger Beitrag, auch um ein besseres Arbeitsklima zu erreichen. Wir wollen Geschlechterparität in Leitungspositionen erreichen, und deswegen schaue ich, wo Leitungspositionen neu zu besetzen sind, immer: Gibt es weibliche Besetzungen? Gibt es mögliche alternative Leitungskonzepte oder Intendantkonzepte jenseits klassischer Ein-Personen-Intendanten, die eine andere Form der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und auch eine andere Verteilung der Lasten in solchen verantwortungsvollen Jobs mit sich bringen können? – Jetzt wird die Komische Oper von Susanne Moser und Philip Bröking zukünftig gemeinsam geleitet werden. Am Theater an der Parkaue hat mit Christina Schulz und Alexander Riemenschneider auch eine Doppelspitze die Regie übernommen. Am Deutschen Theater wird Iris Laufenberg die Intendanz übernehmen. Das Konzerthaus bekommt mit Joana Mallwitz eine junge weibliche Chefdirigentin. Ich glaube, dass wir diesen Weg weitergehen müssen.

Wenn unsere Kultureinrichtungen nicht nur eine traditionsreiche Vergangenheit hinter sich haben, sondern auch eine große Zukunft vor sich haben wollen, wenn sie also von der heranwachsenden jüngeren Generation geschätzt und geliebt werden wollen wie von ihrem bisherigen Stammpublikum, dann muss sich die reale Vielfalt unserer Stadtgesellschaft in diesen Häusern auch besser widerspiegeln. Ich glaube, dass Menschen nur in die Einrichtungen kommen, wenn sie das Gefühl haben, dass das, was in den Einrichtungen stattfindet, sie auch angeht, und das heißt eben auch, dass die Geschichten, die auf der Bühne vorkommen sollen, das Personal, die Leute, die Menschen, die Themen auch ihr Leben berühren müssen, und dann werden diese Kulturorte auch von einem größeren Teil der Stadtgesellschaft als Wertvolles und Gemeinsames betrachtet. Deswegen werden wir unsere Kultureinrichtungen weiter auf diesem Weg begleiten. Wir haben unser Büro für Diversitätsentwicklung, Diversity Arts Culture, vor fünf Jahren gegründet, und wir werden es jetzt weiter stärken. Wir werden auch die Vielfalt unserer Förderprogramme durch divers besetzte Jurys und auch eine Verstärkung der Impact-Förderung für bislang unterrepräsentierte Perspektiven ausbauen.

Die Erinnerungskultur ist in Berlin ein Thema, das man überhaupt nicht wegdenken kann. Kulturpolitik ist immer Erinnerungspolitik – ganz zentral in unserer Stadt –, sowohl, wenn wir uns der Aufarbeitung des Kolonialismus widmen, die Migrationsgeschichte Berlins näher beleuchten, aber eben auch – und das bleibt nach wie vor von allerhöchstem Stellenwert – die Erinnerung an die NS-Diktatur, die vom Nationalsozialismus zerstörte Vielfalt, der millionenfache Mord, der größte Zivilisationsbruch der Shoah und des Porajmos. Dieses Gedächtnis zu bewahren und in Erziehungs- und Erinnerungsarbeit zu verankern, das Denken und Handeln so einzurichten, dass Auschwitz sich nicht wiederhole, nichts Ähnliches geschehe, wie Adorno es gesagt hat, muss Ziel unserer Erinnerungsarbeit, Erinnerungspolitik sein. Wir werden auch die Erinnerung an die Teilung der Stadt, an den Kalten Krieg, an die DDR-

Geschichte und die SED-Diktatur aufrechterhalten. Auch hier darf es keine Schlussstriche geben.

Wir werden auch an die großen Momente der demokratischen Revolutionen in unserer Geschichte erinnern. Da kann es für mich auch kein Gegeneinanderstellen geben. Wir haben diese Diskussion auch immer wieder gehabt um die Frage: Hindert uns die Erinnerung an die Einzigartigkeit der Shoah daran, andere Ungerechtigkeiten in der Geschichte wahrzunehmen? Ich finde, die Frage stellt sich nicht gegeneinander. Man kann an das eine erinnern und muss das andere deswegen nicht beiseiteschieben. Deswegen haben wir uns auch mit der Geschichte des Kolonialismus intensiv befasst. Wir haben seit 2016 ein Projekt aufgesetzt, das 2020 gestartet ist, unser Modellprojekt zur postkolonialen Erinnerungskultur in Berlin, gefördert auch von der Bundeskulturstiftung. Wir werden in Berlin gemeinsam mit Bund und Zivilgesellschaft einen zentralen Erinnerungsort entwickeln, und wir wollen auch das dezentrale gesamtstädtische Erinnerungskonzept umsetzen, wenn es dann fertig ist. Da werden große Fragen auf uns zukommen.

Wir haben die umfassende Restitution geraubter Kulturgüter gestärkt und werden auch in unseren eigenen Landesmuseen die Provenienzforschung weiter ausbauen. So kann es gelingen, Geschichte, auch die Geschichten im Plural, ans Licht zu bringen, weil wir nur so unsere Gegenwart gerechter und menschlicher gestalten können. James Baldwin, der große Autor und Bürgerrechtler, hat geschrieben: Die Geschichte ist nicht die Vergangenheit, sie ist die Gegenwart. Wir tragen sie in uns. Wir sind unsere Geschichte.

Bevor ich zum Schluss komme, will ich einen Aspekt, der, wie ich finde, eine zentrale Relevanz hat für Kultur, nämlich den Denkmalschutz, hier auch noch mal in besonderer Weise thematisieren und adressieren, denn das bauliche Erbe unserer Stadt ist auch das geschichtliche Erbe unserer Stadt. Es hat eine materielle Dimension. Das reicht von den Zeugnissen zur Gründung unserer Stadt, den Wurzeln unserer Stadt, wie man sie derzeit am besten bei den Grabungen am Molkenmarkt im wahrsten Sinne des Wortes begreifen kann. Die Führungen dort sind immer überlaufen. Wir können gar nicht so viele anbieten mit dem Landesdenkmalamt, wie uns die Menschen die Bude einrennen. Wir werden mit der Eröffnung des Archäologischen Hauses am Petriplatz in dieser Legislaturperiode endlich auch einen geeigneten Ort haben zur Darstellung und zur Vermittlung dieser frühen Phase unserer Stadtgeschichte.

Dann gibt es das breite industrielle baukulturelle Erbe bis zu den baulichen Zeugnissen der Moderne in Ost und West oder gar zu Berlins international so wertvollem Erbe, nämlich seiner Vielfalt an Welterbestätten und seinem weiteren Welterbepotenzial. Sie wissen, wir haben die Welterbevorschläge „Doppeltes Berlin“ – Karl-Marx-Allee und Hansaviertel – intensiv vorbereitet. Wir wollen dieses Vorhaben selbstverständlich weiterverfolgen und begleiten. Wir haben aber genauso zum Ziel – das war die Konsequenz aus dem Zusammenführen von Kultur und Denkmalschutz –, dass wir die Weitergabe und Vermittlung an die jüngeren zukünftigen Generationen, die sich aktiv mit diesem Erbe auseinandersetzen, vorantreiben können. Wir haben das beispielsweise mit unserer Internationalen Jugendbauhütte Berlin begonnen. Wir wollen mit dem Bau einer Holz- und Metallwerkstatt, wo junge Freiwillige praktische Erfahrungen mit Handwerkstechnik sammeln können, weiter ausgestalten.

Denkmalschutz ist eben auch Zukunft und insofern ein Thema, das sich auch mit aktuellen Fragen befasst, nämlich: Wie gehen wir mit der grauen Energie um? Wie gehen wir mit der

bestehenden Bausubstanz um? Wie wird unsere Sensibilität noch größer gegenüber dem, was unsere Stadt ausmacht? Es ist unser Ziel, in den nächsten Jahren die Denkmalpflege weiter fit für die Zukunft zu machen, sie modern und innovativ zu gestalten angesichts der Herausforderungen einer wachsenden Stadt – verbunden mit Klimaschutz, verbunden mit Wohnungsbau, verbunden mit Mobilität und nicht zuletzt verbunden mit Barrierefreiheit. Sie kennen alle die Diskussion um U-Bahnhöfe, die unter Denkmalschutz gestellt sind und wo der Platz für den Fahrstuhl dann doch wieder infrage steht. Ich glaube, wir brauchen da eine tägliche Praxis des Denkmalschutzes, die solche Aspekte von vornherein miteinbezieht und mitdenkt und lösungsorientiert versucht, auch so etwas wie Vorschläge zu machen, wie man das eine oder andere zusammenbringt.

Auch der Prozess um die Perspektive und die Nachnutzung des sogenannten Mäusebunkers zeigt, darin steckt auch Potenzial für die Kulturszene und für das Kreative in unserer Stadt. Ich hoffe, da kommen wir weiter. Mit Sicherheit braucht es zur Anerkennung und zur Akzeptanz für den Denkmalschutz und die Denkmalpflege an der einen oder anderen Stelle auch noch mehr Vermittlung in die Stadtgesellschaft hinein, auch durch die Vereinfachung von Antragsverfahren. Ich glaube, wir haben in der letzten Legislaturperiode gute Vorarbeit geleistet und die Möglichkeiten der Digitalisierung genutzt. Da ist der Berliner Denkmalschutz bundesweiter Vorreiter. Es braucht aber auch die entsprechenden Ressourcen. Da sind wir auch ein Stück vorangekommen, aber das wird uns auch die nächsten fünf Jahre weiter beschäftigen.

Letztlich zu den Religions- und Wertanschauungsgemeinschaften: Insbesondere die kleineren unter ihnen gehören zur Vielfalt unserer Stadt. Auch sie sind stark von Gentrifizierung und hohen Mieten bedroht. Deswegen wollen wir gerne eine Unterstützung entwickeln, um die Verfügbarkeit von Räumen für die sozialen, dialogischen und integrativen Tätigkeiten von Religions- und Wertanschauungsgemeinschaften kieznah sicherzustellen und das Herausdrängen an die Ränder der Stadt zu verhindern. Wir werden die Schwerpunkte unserer Arbeit aus der vergangenen Legislaturperiode, nämlich die Teilhabe und Sichtbarkeit unterschiedlichster Communitys, der muslimischen Community, der jüdischen Community, auch in ihrer Vielfalt stärken. Das jüdische Leben in unserer Stadt ist vielfältig und wächst, auch das liegt mir seit jeher am Herzen, und das werden wir mit besonderer Verantwortung tun und dem nachkommen.

Wir haben für Europathemen die eigenen Ausschusssitzungen. Ich will trotzdem sagen, dass ich Kultur und Europa unter einem Dach extrem wichtig finde, und ich glaube, dass Erinnerungskultur und auch das Miteinander in unserer Stadt mittelbar und unmittelbar aufs Engste mit der Geschichte und den Entwicklungen in Europa und der Europäischen Union verbunden sind. Wenn es dafür noch eines Beweises bedurft hätte, dann haben wir den in den letzten Tagen bekommen. Wir setzen auf Austausch. Wir setzen auf die Verbindung und den Zusammenhalt von Menschen über Grenzen hinweg. Die Kultur kennt keine Grenzen, und das gilt gerade auch in einer Zeit wie heute, die uns auf erschreckende Weise zeigt, dass Zusammenwachsen und Frieden kein Automatismus sind. Für mich ist und bleibt die Kultur, der kulturelle Austausch, ein ganz wichtiger Antrieb, um die europäische Integration voranzubringen. Es scheint mir auch ein probates Mittel gegen Nationalismus, gegen Demokratiefeindlichkeit, gegen Geschichtsrevisionismus. Einander treffen, miteinander reden, miteinander musizieren, einander verstehen, miteinander erinnern, voneinander lernen – das ist für Europas Zusammenwachsen und für den Fortschritt von Frieden und Humanität das Wich-

tigste, gerade jetzt, gerade heute. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit! – [Beifall bei der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen] –

Vorsitzende Laura Neugebauer: Dann kommen wir zur Aussprache. Ich habe als Erstes die Meldung von Herrn Kluckert auf der Liste. – Herr Kluckert, Sie haben das Wort!

Florian Kluckert (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank, Herr Lederer, für diese Ausführungen! Ich fange aus Sicht der FDP mit ein paar positiven Worten an. Sie haben gesagt, dass es jetzt nicht die Zeit ist, nach der Pandemie zu sparen im Kulturbereich. Die FDP sieht das genauso. Wir glauben, dass die Kulturförderung ein ganz wichtiger Antriebsmotor für unsere gesamte Stadt ist, denn Kulturförderung ist keine Subvention für Künstlerinnen und Künstler, das ist in erster Linie natürlich auch eine Wirtschaftsförderung in diese Stadt, weil viele davon profitieren, denn ganz viele Menschen kommen nach Berlin wegen des Kulturprogramms. Davon profitieren nicht nur die Künstlerinnen und Künstler, die Kultureinrichtungen, sondern natürlich auch der Einzelhandel, die Hotels, die Gastronomie und viele andere, die davon leben. Von daher finden wir das in erster Linie erst mal richtig, dass hier nicht gespart werden soll.

Was allerdings die Förderpraxis betrifft, mache ich mir doch sehr große Sorgen. Sie sagten am Anfang, dass die Kultur frei sein muss und dass das auch in einer pluralistischen Gesellschaft natürlich selbstverständlich ist. Das ist für uns Liberale ein ganz wichtiger Aspekt, denn natürlich ist die Politik nicht der Programmdirektor des Kulturbetriebs. Deswegen muss die Kunst auch immer frei sein können, egal, auch wenn sie von Fördergeldern profitiert. Die Fördergelder sind nicht dafür da, um politischen Wohlfeil auszulösen, sondern dass die Künstlerinnen und Künstler völlig unabhängig von der Politik ihre Kunst machen können. Da darf es eigentlich nur einen Maßstab geben, was die Förderung betrifft, nämlich ob das Programm öffentlich anerkannt und von kultureller Qualität ist.

Der künstlerische Wert der Kulturleistung muss dort bewertet werden, und deswegen wäre uns ganz wichtig, dass so etwas über externe, unabhängige Jurys erfolgt und nicht über den Senat selbst, denn – und jetzt komme ich zu dem eigentlichen Aspekt, der mir besonders wichtig ist und wo ich in Ihrem Programm, was Sie vorgeschlagen haben, einen ganz großen Minderwert für die Kultur erkennen kann – das, was Sie hier sagen, ist, dass die Kultur eigentlich nicht mehr frei ist, so zu agieren, wie sie möchte. In Ihrem Koalitionsprogramm steht, dass eben nicht mehr die künstlerische Qualität das Maß ist, wonach Kultur gefördert wird, sondern es gibt andere Punkte neben der künstlerischen Qualität, die für die Projektförderung entscheidend sind. Dazu zählt, wie Sie auch gerade ausgeführt haben, wie die Leitungsposition besetzt ist, dass sie am besten immer mit zwei Personen, am allerbesten, so liest sich es sich jedenfalls im Koalitionsvertrag, mit zwei Frauen, aber mindestens mit einer Frau und einem Mann besetzt ist. Sie haben vorhin auch ein paar Beispiele genannt, wo das gut funktionieren kann, und wenn das so gut funktioniert und die Einrichtungen das selbständig machen wollen, dann finde ich es auch richtig. Wir haben aber auch andere Bereiche gesehen wie zum Beispiel bei Johannes Öhman und Sasha Waltz, dass das nicht so gut funktioniert hat, obwohl beide für sich ganz hervorragende Künstlerinnen, Künstler sind, aber manche harmonieren dann halt nicht zusammen, und das kann dann nicht das Maß aller Dinge sein, wie die Leitungsposition besetzt ist, sondern die künstlerische Qualität muss immer im Vordergrund stehen.

Deswegen ist auch die Frage bei einer Frauenquote, ob dann die künstlerische Qualität dadurch besser wird. Wir wollen natürlich auch, dass Frauen in der Kunstszene gefördert werden und gute Chancen haben, aber wir wollen natürlich keine Frauenquote und schon gar keine Frauenquote, wo am Ende Projektförderer davon abhängig sind. Das ist Punkt Nummer 1, dass wir uns bei der Förderpraxis doch schon sehr große Gedanken machen: Inwieweit greifen Sie als Senat hier in die Einrichtungen ein? Inwieweit wollen Sie ein gesellschaftliches Leitbild vorgeben? Und wenn man dieses gesellschaftliche Leitbild nicht erfüllt, dann wird man eventuell auch von der Förderliste letztendlich gestrichen.

Ein zweiter Punkt, den Sie angesprochen haben, der mir persönlich als Neuköllner Abgeordnetem ein Herzensthema ist – Frau Kahlefeld wird das bestätigen können –, ist der Wandel von Neukölln in den letzten Jahren auch durch die Kunst- und Kulturszene. Wir haben erlebt, dass der Norden von Neukölln sehr preiswert war, weil dort nicht mehr viele Leute hinziehen wollten, und viele Künstlerinnen und Künstler sich dort angesiedelt haben. Sie haben dazu beigetragen, diesen Bezirk aufzuwerten, und haben dafür gesorgt, dass andere in den Bezirk gezogen sind, die wiederum dieses quirlige Leben genossen haben und viel Geld dafür ausgeben wollten mit der negativen Folge, dass durch mehr Geld in den Bezirk die Künstlerinnen und Künstler dann wieder verdrängt wurden. Deswegen ist das Atelierprogramm, das Sie auch ansprechen, woran übrigens auch, muss man sagen, Rot-Rot-Grün in den letzten fünf Jahren gescheitert ist, genug Ateliers zur Verfügung zu stellen – Die Pläne waren groß, aber das, was am Ende dabei herausgekommen ist, war nur sehr gering. Da habe ich meine Zweifel, dass Sie das in den nächsten fünf Jahren schaffen.

Ich sage Ihnen auch, warum Sie das nicht schaffen werden: Sie wollen auch hier die Abhängigkeit der Künstler von Ihnen. Sie möchten am liebsten Ateliers selber anmieten, um sie weiter zu vermieten als Senat, natürlich wiederum nur an diejenigen, wo Ihnen auch das Kunstprogramm gefällt. Die kann man dann bevorzugen. Die anderen bleiben draußen. Auch hier ist ein Eingriff aus meiner Sicht in die Kunstfreiheit viel zu groß. Wir würden uns wünschen, dass Sie das in Absprache mit den Immobilienbetreibern machen, dass Sie auch die Immobilienbetreiber, die dort bauen, davon überzeugen, dass es einen Mehrwert darstellt, an Künstlerinnen und Künstler frei zu vermieten, und dann so eine Stadtgestaltung passieren kann. Ich zum Beispiel – Herr Lederer, vielleicht können Sie mir die Frage beantworten – verstehe gar nicht, warum die Hälfte der Einkaufszentren in Berlin leer steht und nicht an Künstlerinnen und Künstler als Ateliers zwischenzeitlich zur Verfügung gestellt wird. Haben Sie sich dort mal Gedanken gemacht? Sind Sie mal zu den Center-Managern gegangen? Natürlich ist es etwas ganz anderes, wenn der Kultursenator kommt und sagt: „Wir machen jetzt hier mal einen Projektmonat“, als dass ein einzelner Künstler hingehet und sagt: Ich würde gerne etwas möglichst preiswert oder kostenlos angemietet bekommen. – Wenn Sie hier nicht immer nur die Privaten gegen die Künstler ausspielen würden, sondern gemeinsam versuchen würden, die Stadt voranzubringen, würden Sie, glaube ich, viel weiter kommen.

Wo Sie auch nicht vorankommen, ist bei den Leuchtturmprojekten. Das ICC wird nicht weiter entwickelt. Der Flughafen Tempelhof, der für die Kunst und Kultur wichtig wäre, wird nicht weiter entwickelt. Das House of Jazz haben wir schon in der letzten Legislaturperiode verbockt. Sie sagten es ja richtig, die Zentral- und Landesbibliothek, ein zentrales Thema, steht im Koalitionsvertrag drin, die Planung beginnt 2026. Da beginnt die Planung. Wir würden uns wünschen, wenn es früher passiert als 2026, mit der Planung anzufangen. Das ist ein ganz wichtiges Projekt, was hier liegengelassen wird.

Wenn Sie jetzt sagen würden, wir müssen die Projekte ein bisschen verschieben, weil wir das Geld anders einsetzen müssen, um Berlin gut durch die Pandemie zu bringen, würde ich ja noch mit Ihnen mitgehen, aber stattdessen gibt es neue Projekte, die anscheinend Rot-Grün-Rot wichtiger sind, die nicht liegen bleiben. Der zentrale Gedenkort kolonialer Vergangenheit und das Migrationsmuseum wurden wiederum neu hineingeschrieben. Also die anderen Projekte scheinen nicht so wichtig zu sein. Was auch eine absolute Enttäuschung ist, ist das, was Sie im Koalitionsvertrag geschrieben haben zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die wirklich nur eine untergeordnete Rolle bei Ihnen spielt und nicht die Rolle einnimmt, die es einnehmen sollte.

Um abschließend ein paar positive Worte zu sagen: Sie haben auch ein paar Sachen drin, die uns als FDP sehr gefallen, aber wenn man einer Meinung ist, dann muss man natürlich darüber nicht so viele Worte verlieren. Die Förderung von Kinder- und Jugendtheatern ist ganz wichtig. Da sind wir an Ihrer Seite. Die Förderung von Musikschulen und natürlich auch die Stärkung von Bibliotheken in den Bezirken und das Voranbringen der Digitalisierung, da sind wir auch bei Ihnen, wobei, wenn die Pandemie eines gezeigt hat, dann: Die Digitalisierung ist wichtig, muss aber neben dem eigentlichen Programm stattfinden, denn die Digitalisierung kann nicht das Gemeinschaftserleben von Kultur ersetzen. Kultur ist gemeinschaftliches Hingehen, ein gemeinschaftliches Genießen, und Digitalisierung kann nicht dieses Gefühl ersetzen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Dann hat sich als Nächster Herr Dr. Juhnke gemeldet.

Dr. Robbin Juhnke (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Zunächst wollte ich aufgrund der Wesentlichkeit des Themas beantragen, dass wir zu dem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll anfertigen, damit man sich auch diese konzeptionellen Dinge später noch mal zu Gemüte führen kann. Diese konzeptionelle Tragweite bringt es mit sich, dass man sehr viele Themen hat, die ich jetzt auch gar nicht alle versuchen möchte anzusprechen, weil wir uns fünf Jahre damit beschäftigen werden. Ein paar Dinge sind mir aber in dem Zusammenhang außerordentlich wichtig, und da würde ich gerne von Ihnen etwas mehr hören.

Das Thema Haushalt: Wir haben in der letzten Sitzung der vergangenen Legislaturperiode über die Frage des Haushaltsentwurfs gesprochen. Ich nenne diesen Haushaltsentwurf, den wir damals mal besprochen haben, den Wahlkampfhaushalt, der suggerieren sollte: Macht euch keine Sorgen. Status quo wird gewahrt. Es läuft alles so weiter. – Jetzt hat sich der Senat offensichtlich nicht einigen können in der vergangenen Woche. Jetzt wird es morgen zu einem gemeinsamen Haushaltsentwurf kommen. Noch mal meine Frage in dem Zusammenhang: Wie beurteilen Sie dann die Gefahren für die Kultur, die aus diesen pauschalen Minderausgaben resultieren? Wir hatten damals diese Debatte schon geführt, und der damalige Kultursprecher der Grünen, dessen verstärkten Mitteilungsbedarf ich jetzt nicht vermissem, aber den ich jetzt trotzdem zitieren möchte an der Stelle, soweit es mir das nicht vorhandene Wortprotokoll ermöglicht, zumindest inhaltlich, hat darauf hingewiesen, dass diese PMA ein Damoklesschwert in Höhe von 40 Millionen Euro – ich sage sogar 40 Millionen Euro plus – nach dem damaligen Haushaltsvolumen für den Kulturhaushalt bedeutet. Wie müssen wir uns das praktisch in diesem Jahr vorstellen, mit diesem Haushalt, mit dem Sie demnächst in die Verhandlungen dieses Hauses gehen wollen? Welche Neubeginner können wir uns dann noch leisten? Welche sind Sie unter den Rahmenbedingungen dieser Haushaltsrestriktionen noch gewillt einzubringen? Das wäre schon normal interessant.

In dem Zusammenhang auch noch mal die Frage, die Herr Kluckert auch schon ansatzweise aufgeworfen hat, zu den großen Standorten, auch Thema Tempelhof. Wir hatten das schon in der Fragestunde am Donnerstag. Da kann sich der Senat, auch wenn Sie schon in mehreren Legislaturperioden für die Zukunft denken, ein Denkmal setzen, wenn man an der Stelle etwas schafft, was mit einer gewissen Nachhaltigkeit verbunden ist.

Zweites großes Thema, und das hat hier auch schon eine Rolle gespielt, ist die Freiheit der Kunst. Sie haben auf ein Beispiel hingewiesen, wo die Kunstfreiheit aus nationalistischer Sicht bedroht ist. Diese Bedrohungen sind evident, und denen müssen wir begegnen. Ich sage aber auch, dass es eine Bedrohung der künstlerischen Freiheit auch aus anderen Ecken gibt. Wenn ich zum Beispiel an identitätspolitische Fragen denke, wenn ich zum Beispiel an Vorschriften und Dogmen denke, wo Künstler einer bestimmten Hautfarbe, Künstler einer anderen Hautfarbe nicht spielen dürfen, aber umgekehrt ja. Ich war zum Beispiel im Berliner Ensemble und habe mir das Stück „Diener zweier Herren“ angesehen, das ausschließlich von Frauen gespielt wird, überdacht mit einem pseudotheoretischen Konstrukt, wo natürlich männliche Verhaltensmuster dekonstruiert werden und mir dann sozusagen gespiegelt wird, wie ich mich als Mann sozusagen fehlerhaft verhalte. Jetzt mal diesen theoretischen Quatsch beiseite, es war ein tolles Stück, und ich kann es jedem empfehlen, dahin zu gehen. Wäre es aber umgekehrt der Fall, hätte das Ensemble aus lauter Männern bestanden und die Frauenrolle übernommen, hätten wir schon wieder den nächsten kulturpolitischen Skandal, der von interessierter Seite betrieben wird. Ich will nur sagen, solche Mechanismen sind in der Kultur offensichtlich gerade en vogue.

Meine Frage ist, da Sie in der Tat, und darauf wurde schon hingewiesen, die Förderfähigkeit von Kultur nicht nur nach der künstlerischen Qualität beurteilt haben wollen, sondern auch nach anderen Fragen, wie Diversität und anderen Dingen: Sehen Sie diese Gefahr, und wenn ja, wie wollen Sie Ihr begegnen? Über dieses Vehikel – ich nenne nur dieses theoretische Konstrukt der kulturellen Aneignung – können Sie praktisch alles und jedes aushebeln, wenn Sie es wollen, aus einer gewissen identitätspolitischen Sicht, und da sehe ich große Gefahren auch für eine freie und zukunftsweisende Kulturstadt, ohne dass wir uns darüber unterhalten müssen, dass man diskriminierende Verhaltensweise abschaffen und stärker bekämpfen muss, ohne dass wir uns darüber unterhalten müssen, dass Mobbing oder auch autoritäres Gehabe von Regisseuren, Intendanten oder wem auch immer, jedweden Geschlechts, haben wir im Übrigen erlebt am Maxim Gorki usw., keinen Platz haben. Trotzdem gibt es Mechanismen, über die man mit gutem Willen und mit der Frage, das Gute zu tun, Dinge einziehen kann, die wir hoffentlich alle nicht wollen.

Dritter Punkt – Kulturräume: Es wird sicherlich noch Gelegenheit geben, uns detaillierter darüber zu unterhalten. Ich höre aber auch oft die Kritik, dass die Kulturraum GmbH und alles, was sich in dem Zusammenhang, auch auf Ihrem Mist gewachsen sozusagen, dort entwickelt hat, diese Tendenz zur Zentralisierung mit sich führt und dass das durchaus etwas ist, was außerordentlich kritisch gesehen wird von vielen Künstlerinnen und Künstlern in der Stadt. Darüber müssen wir uns unterhalten. Das müssen Sie auch, glaube ich, in Ihrem eigenen Sinne, wenn Sie Zahlen vorlegen wollen, auf deren Gelingen wir alle hoffen, weil wir die besten Bedingungen zur Verfügung stellen wollen, weil Sie das wahrscheinlich nur so erreichen können.

Dann habe ich den Satz gelesen, ich darf ihn kurz zitieren, im Koalitionsvertrag:

Dazu zählt neben Qualifizierungen und der Revision der Denkmaltopografie auch die Digitalisierung ...

Und so weiter. – Was muss ich mir unter der „Revision der Denkmaltopografie“ vorstellen – Schrägstrich –, was muss ich da befürchten? Das ist mir unangenehm aufgefallen, oder vielleicht habe ich es nur nicht ausreichend qualifizieren können, aber dafür sitzen wir heute hier zusammen.

Letzter Punkt, den ich hier in der kurzen Überblicksfrage noch mal anbringen möchte: Sie haben in Ihren vielen Worten, die Sie hier gefunden haben, wo Sie viele Aspekte angesprochen haben, was auch völlig richtig ist, einen Aspekt vollkommen ignoriert, nämlich das Thema Fördergesetze. Das Bibliotheksfördergesetz, das Musikschulfördergesetz haben Sie sich tatsächlich auf die Fahne geschrieben. Es steht auch drin, dass das Kulturfördergesetz ein Prüfauftrag bleibt. Nun wissen wir alle, was das – Prüfauftrag und Koalitionsvertrag – bedeutet. Sie haben es hier aber nicht mal erwähnt. Darf ich dem weiter annehmen, dass das im Wesentlichen ein Placebo-Thema ist, das im Koalitionsvertrag weiter so drinsteht? Ihre Begeisterung für das Thema ist bekannt, die nicht vorhandene, von daher meine Frage: Was können wir der Kulturszene tatsächlich widerspiegeln? Welche Erwartungshaltung darf sie ausüben über die lang ersehnte oder von vielen auch geforderte Frage zu einem Kulturfördergesetz? – Vielen Dank!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Dann habe ich jetzt noch zwei Redemeldungen. – Als Erste, Frau Billig!

Daniela Billig (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Einige Fragen sind schon gestellt worden. Auf jeden Fall war sehr auffällig, dass es ein sehr breiter Rundumschlag war von dem, was Sie da genannt haben. Es ging natürlich weit über das 100-Tage-Programm hinaus, als Leitlinien der Regierungspolitik fast schon das Fünf-Jahres-Programm. Ich habe tatsächlich wenig vermisst, ein paar Details vielleicht schon, damit wir uns vielleicht auch vorstellen können, wie das dann weitergehen soll. Zuallererst aber die viel kritisierte Zentralisierung des Anmietprogramms und die Kritik am Generalmietermodell. Ich glaube, das ist eine Sache, die wenig Alternativen hat, denn einfach nur mit irgendwelchen Leuten reden und dann hoffen, dass alles gutgeht, hat manchmal schon geklappt, hat sehr oft aber auch nicht funktioniert. Die Frage ist bloß: Wie kann dann dieses Generalmietermodell so ausgestaltet werden, dass es eben keinen Top-down-Mechanismus hat, dass es mit den Förderrichtlinien zusammengeht, also deckungsgleich ist, und dass es für die Künstlerinnen und Künstler auch leicht und einfach ist, davon Gebrauch zu machen? Außerdem: Wie können wir es weiter ausbauen? Sie haben es genannt. Das ist völlig klar. Das ist einer unserer Schwerpunkte. Aber was genau wollen wir denn da noch machen? Vielleicht können Sie trotz des Arbeitsraumberichtes, der in einigermaßen absehbarer Zeit kommt, uns noch ein paar Hinweise dazu geben, damit wir damit vielleicht schon arbeiten können. Ansonsten freuen wir uns bestimmt alle auf den Arbeitsraumbericht und werden das dann noch in aller Tiefe weiter thematisieren.

Dann haben Sie von der Evaluation der Berliner Kulturförderung gesprochen. Das ist auch ein Thema, mit dem wir uns natürlich intensiv in dieser Wahlperiode beschäftigen werden, beschäftigen müssen. Ich habe nicht so ganz mitbekommen: Wie genau soll die aussehen, außer dass wir uns alle daran beteiligen, was ich natürlich sehr gut finde? So eine Evaluation funktioniert nur dann, wenn tatsächlich alle mitsprechen können und auch von ihren Erfahrungen berichten können. Wie genau wollen wir das rein strukturell aufbauen?

Ich hatte mich gemeldet, als ich schon dachte, das für mich persönlich ganz wichtige Thema Denkmalschutz käme gar nicht mehr, aber dann haben Sie doch noch sehr weit und breit darüber gesprochen. Es ist auf jeden Fall ein Thema, das in die Zukunft zu bringen. Und Denkmalschutz versus Klimaschutz oder Barrierefreiheit, dass wir uns damit beschäftigen müssen, dass es eben nicht mehr gegeneinander steht, ist völlig klar. Wir merken ganz oft in der Praxis, dass es dann doch an den Strukturen in der Verwaltung häufig scheitert. Ich merke aus der oberen Denkmalbehörde, da ist eine große Bereitwilligkeit, sich damit zu beschäftigen, und es hat sich vielleicht noch nicht ganz praktisch auch in die UD herumgesprochen oder in den Arbeitsalltag integriert, diese Gedanken dann auch umzusetzen. Ich wüsste gerne, ob Sie sich da schon Gedanken darüber gemacht haben oder wie wir insgesamt da weiterkommen, zu einem Konzept kommen und ob vielleicht ein Runder Tisch „Denkmalschutz/Baukultur“ eine Möglichkeit sein könnte, um vielleicht ein Stückchen von diesen Einzelfällen wegzukommen.

Dann habe ich jetzt mehrfach die Kritik gehört, dass das ICC und Tempelhof nicht genannt worden sind. Das klang dann immer so: Wenn wir jetzt schnell ein bisschen bauen, ist das gleich fertig, und dann können wir gleich ganz viel Kultur da reinbringen. So ist es natürlich nicht. Die Koalition hat sich jetzt nicht mehr ganz ausdrücklich in diesem Koalitionsvertrag dazu bekannt, es ist aber trotzdem immer noch so, dass wir aus dem Tempelhofer Flughafen einen Kulturhafen machen wollen, dass wir das natürlich für Kultur nutzen möchten. Aber

was wir in dieser Wahlperiode ganz bestimmt nicht mehr hinbekommen, ist, die beiden Objekte fertig kriegen, komplett bezugsfertig für ganz viele, Kultur Kreativwirtschaft usw.

Natürlich sollten wir irgendwann dann mal beginnen, ein Konzept zu erstellen, aber beides ist so komplex zu sanieren, dass wir uns zuallererst damit beschäftigen müssen und vorher nicht wirklich realistisch uns überlegen können, wie die zukünftige Nutzung aussieht. Worüber wir uns natürlich sehr intensiv Gedanken machen könnten, ist die Zwischennutzung. Wie funktioniert die? Was ist sinnvoll? Was können wir finanziell sinnvoll da tun? An wen möchten wir vergeben? Wie kann das überhaupt aufgesetzt werden, dass hier möglichst viele Berliner Künstlerinnen und Künstler da auch eine Plattform finden und wir auf diese Art und Weise Zwischennutzungen in den Gebäuden sinnvoll aufbauen können? So weit erst mal. Ich glaube, das sind alles Themen, die uns beschäftigen werden. Die vielen anderen, die Sie angesprochen haben, kommen dann sicherlich und schlagen hier noch mal auf, aber alles, genauso wie mein Vorredner, hier anzusprechen, sprengt unseren Rahmen.

Vorsitzende Laura Neugebauer: Dann möchte ich nachträglich festhalten, ob es Widerspruch gegen die Erstellung eines Wortprotokolls gibt. – Das sehe ich nicht. Dann wird dieses auch erstellt. – Dann kommen wir zur nächsten Wortmeldung. – Frau Dr. Schmidt!

Dr. Manuela Schmidt (LINKE): Vielen Dank! – Zunächst vielen Dank für die Ausführungen zu den Vorhaben der nächsten Jahre. Natürlich unterstreiche ich auch das, was Sie gesagt haben. Wir werden schauen müssen, welche Auswirkungen die aktuellen Entwicklungen auf das haben, was in Berlin passiert. Trotzdem will ich eines noch mal unterstreichen, was Herr Kluckert hier angesprochen hat. Wir haben beim letzten Mal das Thema Fair Stage gehabt, und wir haben immer wieder das Thema der Frauenquote. Ich wäre froh, wenn wir an dem Punkt wären, wo wir sie nicht mehr brauchen. Da sind wir nur leider noch lange nicht. Von daher will ich das an der Stelle auch noch mal unterstützen, dass wir hier mit diesem Indikator weiter arbeiten.

Zu dem Thema Teilhabe: Sie haben ausgeführt, dass das Thema Teilhabe, soziale Teilhabe insbesondere, auch weiterhin eine Rolle spielen wird. Ich will auch darauf verweisen, dass wir gerade in den letzten fünf Jahren an der Stelle eine Menge erreicht haben. Da nenne ich nur die Kinder- und Jugendtheater oder aber auch das Thema der Musikschulen in den Bezirken. Da würde ich gerne fragen wollen, ob Sie aus den Bezirken eine Rückmeldung haben, wie der Stand der Umsetzung der 25-Prozent-Quote für festangestellte Musikschullehrkräfte ist. Das war auch ein breiter politischer Konsens hier in diesem Haus, dass wir dort ein Stück vorwärtskommen. In gleichem Atemzug ist auch das Thema des Bibliotheksentwicklungsgesetzes entstanden. Auch hier sind die Bezirke vorbereitet und wollen auch mittun.

Eine Frage habe ich noch: Wir haben neue Einrichtungsleitungen inzwischen auch für den Hamburger Bahnhof oder auch für die Nationalgalerie, für das Staatsballett, für das Haus der Kulturen der Welt. Für welche Einrichtungen werden wir in der nächsten Zeit weitere neue Einrichtungsleitungen erwarten dürfen? Vielleicht gelingt es ja dann, an der Stelle die Frauen zu motivieren, zu unterstützen, dass sie sich auch für solche Positionen mehr bewerben, denn ich glaube, da können wir auch noch bisschen was tun. – Vielen Dank!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Ich habe jetzt noch die letzte Meldung von Herrn Trefzer, danach hat der Senat die Chance für ein ausgehendes Statement. – Herr Trefzer, Sie haben jetzt erst einmal das Wort!

Martin Trefzer (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Es ist von Herrn Dr. Juhnke schon einiges ausgeführt worden über die Fallstricke der Identitätspolitik in der Kulturpolitik, deswegen will ich das gar nicht wiederholen oder hier paraphrasieren. Ich möchte zwei Punkte herausgreifen, die mir wichtig sind. Das eine ist das Museumsdorf Düppel. Da waren in den letzten Wochen besorgniserregende Wortmeldungen im „Tagesspiegel“ nachzulesen über den Zustand der Gebäude und auch der Situation der Mitarbeiter auf dem Areal dort. Jetzt konnten wir letzte Woche im „Tagesspiegel“ auch eine Wortmeldung hören des Klima- und Energiebeauftragten des Bezirks Steglitz-Zehlendorf, von Peter Schrage-Aden, der gesagt hat, es wären hier 20 Jahre durch Nichtstun verplempert worden. Die Zustände sind mittlerweile unhaltbar in Düppel. Jetzt liegt seit Herbst eine Machbarkeitsstudie vor mit verschiedenen Vorschlägen zu unterschiedlichen Hausvarianten, die von einem Architekturbüro entwickelt und geprüft wurden. Ein modulares Bürogebäude wird dort vorgeschlagen, und deswegen frage ich mal ganz konkret: Wie sieht der Senat hier das weitere Vorgehen vor? Soll es da bei einem Provisorium bleiben, oder ist da langfristige Lösung geplant, und wann soll die in Angriff genommen werden?

Dann der zweite Punkt – Erinnerungspolitik: Das hatten Sie ausgeführt. Vielen Dank, Herr Dr. Lederer! Es gibt hier ein sehr kryptisches Bekenntnis zum Campus für Demokratie und auch zur Keibelstraße im Koalitionsvertrag. Ich hatte Sie mal zur Keibelstraße im Plenum befragt. Dazu hatten Sie einiges ausgeführt. Ich würde gern noch mal zum Campus für Demokratie eine Einschätzung von Ihnen hören. Da war ja auch ein in alarmierendem Ton gehaltener Artikel von Christian Bose – ich glaube, im August oder September muss das gewesen sein – im „Tagesspiegel“, wo er gesagt hat: Das ist eine Riesenblase. Da geht nichts voran, ein Wahnsinnsstillstand. Die Beteiligten kommen einfach nicht weiter. – Jetzt wird da so etwas wie ein Museum entwickelt, so etwas wie ein Haus der DDR-Opposition, von der Have-mann-Gesellschaft in Zusammenarbeit mit dem Bund. Wie weit ist das Projekt gediehen? Ist das Land Berlin daran beteiligt? Wie sieht es überhaupt aus mit der Gesamtplanung für das Areal? Da ist, glaube ich, nicht so wahnsinnig viel passiert seit der letzten Standortkonferenz. Könnten Sie uns da bitte ein Update geben? – Vielen Dank!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Ich habe noch eine Meldung von Frau Kühnemann-Grunow. Die würde ich jetzt noch zulassen, und danach kommen wir zum Senat.

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD): Vielen Dank von der SPD-Fraktion für den umfangreichen Bericht. Ich glaube, es ist im Wesentlichen fast alles angesprochen worden, was es an Vorhaben gibt und was der Koalitionsvertrag hergibt. Ich will aber doch noch mal etwas konkretisieren bzw. freue mich, dass die Bibliothekenentwicklungsplanung vorgesehen ist und wir hier vielleicht doch noch mal für die Koalition bekräftigen, dass wir sehr wohl vorhaben, uns in dieser Legislaturperiode auf den Weg zu machen, ein Bibliothekenfördergesetz und ein Musikschulfördergesetz auf den Weg zu bringen, weil wir der Meinung sind, dass das niedrigschwellige Angebote sind, und weil wir da auch ein Stück weit den Bezirken unter die Arme greifen wollen im Sinne von, dass wir da für die Zukunft verbindliche Standards hinbekommen.

Jetzt noch eine Frage an den Senator: Sie haben noch mal darauf abgehoben, was die Probleme nach Corona sind, auch im Bereich der ganzen Veranstaltungsbranche, dass Personal zum Teil einfach auch abgewandert ist, teilweise andere Jobs macht. Wie kann es uns denn gemeinsam gelingen, der Branche zu helfen, wieder den Neustart nach Corona zu schaffen? Das gilt im Endeffekt auch für die Bühnen. Was halten wir, was hält der Senat bereit an Maßnahmen? Die FDP feiert jetzt schon den Freiheitstag oder den Liberation Day. Irgendwann werden wir Corona hoffentlich überwunden haben, und dann werden hoffentlich die Bühnen ein Stück weit wieder in Volllast fahren können. Was ist nach Corona angedacht? Wir hatten vor Corona eine ziemliche Überbietung, was es an Premieren gab usw. Gibt es da letztendlich auch eine Antwort darauf?

Vorsitzende Laura Neugebauer: Herr Senator Dr. Lederer!

Bürgermeister Dr. Klaus Lederer (SenKultEuropa): Hoffentlich hört die Pandemie bei all den Ankündigungen gut zu, wann welche Freiheitstage sind, und hält sich dann auch dran. Ich gehe erst mal davon aus, wir sind jetzt in einer Situation, wo über den Sommer mehr Dinge gehen können. Das sagen uns alle seriösen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, dass wir davon ausgehen können, und im Herbst schauen wir dann mal. Was wir hier können, ist mit den Hilfeprogrammen dafür zu sorgen, dass Menschen, wenn sie sich entscheiden, in dem Bereich selbständig weiterzuarbeiten, in der Zukunft wieder eine verlässliche Perspektive haben, davon leben zu können. Das machen wir mit unseren Hilfeprogrammen. Das machen wir mit unseren Förderstrukturen ja doch sehr breitflächig. Ich glaube, Berlin hat im bundesweiten Maßstab da auch ein paar Zeichen gesetzt. Das sind die Feedbacks, die ich jedenfalls so mitbekomme.

Was wir hier in Berlin nicht regeln können, weil es Bundesrechtsfragen sind, sind Fragen der stärkeren sozialen Absicherung. Da sind wir auf die Kooperation mit anderen oder eine Offenheit beim Bund angewiesen. Klar ist es so, dass ein Job, den ich liebe, der mich aber der Gefahr aussetzt, in einer solchen Situation von heute auf morgen mit nichts dazustehen, ein Problem. Das ist eine arbeits- und sozialpolitische Herausforderung, weniger eine kulturpolitische. Wir haben als Kulturpolitikerinnen und Kulturpolitiker da auch in der Kultusministerkonferenz, übrigens farbenübergreifend, um das ganz klar zu sagen, diesem Thema einen anderen Stellenwert zugebilligt, und das wird auch zukünftig so bleiben. Ich glaube, wenn wir erst einmal alles tun, damit diese Kulturszene und auch die Veranstaltungsszene gut über diese Pandemie kommt und jetzt im Sommer auch wieder hochfahren kann, dann haben wir zumindest dafür gesorgt, dass es vielleicht auch wieder für Menschen eine Perspektive ist, in diesen Bereich zu gehen und sich dort selbständig zu machen oder als Selbständiger zu arbeiten. Natürlich haben wir hoffentlich in unserem öffentlichen Bereich viele Menschen gehalten, weil wir dort vernünftige Arbeitsbedingungen hatten und die Leute wussten, da ist ihr Job sicher und die Perspektive danach auch sicher.

Ich werde auf Herrn Trefzers Fragen eingangs eingehen, weil das sehr konkrete Vorhaben sind. Ich beginne mit dem Campus für Demokratie. Wir sind mit der Robert-Havemann-Gesellschaft sehr lange in Kommunikation auch um die Frage eines Archivs und Zentrums der DDR-Opposition. Ich halte das auch für extrem wichtig. Die Havemann-Gesellschaft legt nun explizit nicht den Blick darauf, zu sagen, das muss unbedingt an diesem Ort stattfinden – Hauptsache, es findet überhaupt statt. Derzeit ist das Problem, dass wir mit dem Bund noch nicht übereingekommen sind, weil aus meiner Sicht das Archiv der DDR-Opposition nicht

alleinige Landesaufgabe ist, das zu sichern und zu stabilisieren, wir bezahlen es gemeinsam, und irgendwann dann auch mal in ein größeres Projekt zu übersetzen. Wie gesagt, nicht zwingend am Campusstandort. Da komme ich jetzt drauf.

Das Problem beim Campus ist und bleibt seit fünf Jahren dasselbe. Wir haben zwei oder drei Häuser in der Frankfurter Allee, die dem Land Berlin gehören, und dann gehört uns noch das Finanzamt für Körperschaften, das auf dem Areal ist. Alle anderen Immobilien dort sind nicht Landesbesitz, sondern sie gehören einem Privaten, der die mal für einen Appel und ein Ei seinerzeit vom Bund gekauft hat, oder sie gehören dem Bund. Dann ist die offene Frage: Was wird mit dem Archivstandort dort? Die ist auch noch nicht geklärt. Wir können jetzt alle große Ideen entwickeln. Der Eigentümer dort ist nur begrenzt zu Commitments bereit und in der Lage und hat sich auch an dem Prozess nur begrenzt beteiligt. Wir bekommen das dort nicht hin, wenn diese Fragen nicht geklärt sind. Und dass das Land Berlin jetzt erhebliche Millionenbeträge, dreistellige Millionenbeträge aufwendet, um das Gesamtareal zu kaufen, am besten noch mit Ansage, damit der aufgerufene Preis möglichst hoch ist, sehe ich nicht.

Wir haben diese Grundstücke damals nicht verkauft. Wir haben im Übrigen auch schon mal ein bisschen gecheckt: Gibt es da Möglichkeiten, das zu Rahmenbedingungen zu machen, die uns akzeptabel erscheinen? Das war bisher nicht besonders fruchtbringend. Insofern wird uns das Problem weiter erhalten bleiben. Ich kann einen Privaten nicht dazu veranlassen, Dinge zu tun, die er nicht tun will, und solange es so ist, dass diese Eigentumsverhältnisse dort sind, wie sie sind, sind die Spielräume da sehr gering. Ich kann auch dem Bund jetzt nur immer wieder sagen: Verständigt euch schnell mit Blick auf das Archivzentrum. Kommt es dahin, oder kommt es da nicht hin, also Bundesarchiv? Denn dann können wir irgendwann mal die Frage beantworten, ob wir mit unseren zwei Häusern an der Frankfurter Allee etwas Sinnvolles machen. Wenn es nach mir geht, können wir die sofort instand setzen und können alles, was dort stattfindet, einschließlich Künstlerresidenzen, einem thematischen Kontext Campus für Demokratie zuordnen, was ich total schlau fände. Kunst und Kultur sind gute Mittel, sich der Auseinandersetzung mit Diktaturgeschichte zu widmen.

Zur Keibelstraße: Wir arbeiten daran weiter, und wenn wir die Voraussetzungen geschaffen haben, dass so etwas in der Investitionsplanung seinen Niederschlag finden kann – das dauert aber noch eine ganze Weile; das ist übrigens ein Gebäude, das von der BIM verwaltet wird, die sind da dran, wir haben die Machbarkeitsstudie jetzt –, dann werden wir das in den Investitionsplans aufnehmen, und dann bleibt immer noch das Königsrecht des Parlaments, mit diesen Investitionsplanungen umzugehen. Beim Museumsdorf Düppel gilt dasselbe.

Ich habe immer gesagt, wir haben einen Sanierungsstau von einer halben Milliarde geerbt in den eigenen Kultureinrichtungen, in den eigenen Kulturinstitutionen, und es gibt darüber hinaus noch einen erheblichen Sanierungsstau und haufenweise Probleme. Wir schaffen gerade dem Stadtmuseum einen neuen Standort am Märkischen Museum. Wir können nicht alle Probleme gleichzeitig lösen. Wir werden das Museumsdorf Düppel, das Projekt, weiterverfolgen, und dann ist es genau wie bei allen anderen Fragen zu beantworten: Mit welcher Priorität geht das in die Investitionsplanung? Aber alle Projekte gleichzeitig wird nicht gehen, selbst wenn wir das Dreifache an Investitionsmitteln haben, wie wir es derzeit als Land Berlin haben. Mehr kann ich dazu nicht sagen. Auch mir ist das Museumsdorf Düppel wichtig, aber Sie wissen, wie die Prozesse und die Anmeldung zur Investitionsplanung und dergleichen laufen. Ich kann nur darauf verweisen.

Da bin ich auch gleich bei dem Punkt: Die Investitionsplanung soll bis zum Sommer erarbeitet werden. Erst mal sind jetzt relevant nur die in dem derzeitigen Haushaltsplanentwurf erfassten Investitionsmaßnahmen, bei denen in 2022 oder 2023 irgendetwas Relevantes ratenfällig wird. Da ist nicht groß was passiert. Die Frage ist nur: Was passiert danach? Was passiert in der fünfjährigen Investitionsplanung, die dann die nächsten fünf Jahre abbildet und wo das Land Berlin sehen muss, dass die verfügbaren Investitionsmittel und die Vielzahl der wünschenswerten und notwendigen Projekte irgendwie zueinander gebracht werden. Daran werden wir arbeiten. Da sind wir noch nicht so weit. Das wird mit dem vorgelegten Haushaltsplanentwurf nicht abschließend beantwortet werden können.

Ansonsten kann ich nur sagen: Wir haben rechnerisch keine PMA, also keine pauschale Minderausgabe mehr im Haushalt, und wir werden real Aufwüchse haben. Aber natürlich ist es klar, die Auflösung einer PMA heißt nicht, dass sie nicht mehr stattfindet. Ich glaube trotzdem, dass der Haushalt, den wir Ihnen jetzt vorlegen, sich sehen lassen kann in seiner Grundstruktur und auch mit den Schwerpunkten, die er setzt. Alles andere ist dann die Freiheit des Parlaments, gegebenenfalls noch daran zu drehen oder etwas zu machen.

Zum ICC und Tempelhof – jetzt mal unabhängig von der aktuellen Debatte um Tempelhof: Was wir brauchen, sind transparente Kriterien, wie mit der Vermietung solcher Großimmobilien des Landes umgegangen wird, um Transparenz und Nachvollziehbarkeit zu gewährleisten. Das dürften wir gelernt haben aus der Diskussion der letzten Wochen. Es sind aber weder Tempelhof noch das ICC irgendwelche Einrichtungen in meinem Fachvermögen, sondern es sind Großprojekte des Landes, und die Debatten führen wir seit Jahren und im Übrigen auch länger als die vergangenen fünf Jahre, in denen ich im Senat saß. Da wird man nicht den Königsweg finden, wie man die beiden großen Standorte so ganz schnell nutzbar bekommt. Deswegen finde ich Zwischennutzungen auch gut, aber auch die kosten Geld, auch da braucht es Commitments. Darüber muss man sich verständigen. Das sind aber erst mal keine Kulturimmobilien im Bestand der Kulturverwaltung, und ich würde mich auch hüten, sie zu solchen zu machen, denn dann können Sie alles andere, was wir hier diskutieren, vergessen. Wenn der Kulturhaushalt herangezogen werden sollte, um diese beiden Gebäude instand zu setzen, brauchen wir über alles Weitere hier nicht mehr reden. Dann müssen wir eher darüber reden, was wir zukünftig zugunsten dieser beiden Großobjekte nicht mehr leisten wollen. Diesen banalen Abwägungen kann man sich nicht entziehen, wenn man in einer Koalition und in einem Senat Verantwortung hat. Wie gesagt, trotzdem finde ich, wir müssen Ideen entwickeln: Was kann an den Arealen passieren, um sie der Stadtgesellschaft zu öffnen, um dort Nutzungen zu ermöglichen? Aber, wie gesagt, das ist nicht ganz so simpel.

Frau Schmidt hat nach den Leitungspositionen gefragt. – Grundsätzlich ist es so, alle Verträge gehen fünf Jahre, das heißt, nominell wechseln wir alle in dieser Legislaturperiode einmal aus. Nun werden aber nicht alle künstlerischen Positionen neu besetzt, und wo qualifiziertes Personal da ist, löse ich es nicht ab, wenn es keine Frau ist. Das wäre aus meiner Sicht ein falsches Verständnis. Aber da, wo Personal neu zu besetzen ist, schaue ich erst mal zuvörderst nach Frauen. Damit, Herr Kluckert, ist auch die Frage beantwortet. Künstlerische Qualität ist immer das zentrale Kriterium. Punkt. Es ist immer das zentrale Kriterium. Ich werde keine Leute an die Häuser holen aufgrund irgendwelcher Merkmale, die Sie vorhin beschrieben haben, und anderen vorziehen. Das mache ich nicht. Mir kann auch keiner erzählen, dass Frauen geringere Fähigkeiten haben, ein Orchester zu leiten, als Männer, eine Oper zu leiten, als Männer, ein Museum zu leiten, als Männer. Wenn es darauf hinausläuft, finde ich Debatte

immer ein bisschen komisch, denn wenn das alles nach künstlerischer Qualität schon geschlechtergerecht laufen würde, dann müsste, wenn sie es alle genauso drauf haben, die Quote schon längst erfüllt sein. Woran hat es denn gelegen, dass sie bisher nicht erfüllt wurde? Da muss es doch gesellschaftliche Umstände geben, gläserne Decken, zum Teil auch so etwas wie Männerbündelei oder wie in der Vergangenheit das Ticket: Frauen können das nicht. – Da muss ich ganz ehrlich sagen: Nein, das bin ich nicht bereit zu akzeptieren.

Deswegen gucke ich erst einmal danach, ob es für unsere Leitungsfunktionen auch qualifizierte Frauen gibt, und wenn das nicht der Fall ist – was übrigens durchaus sein kann, denn für eine bestimmte künstlerische Qualifikation muss man bestimmte Erfahrungen mitbringen, und von denen sind manchen Frauen abgeschnitten gewesen, Frauen hatten nicht die gleichen Chancen in den vergangenen Jahren –, dann hat der Kultursektor die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass diese Chancen in einem größeren Maße existieren und sich auch genauer umgesehen wird: Wo kann man solche Häuser, solche Einrichtungen auch in die Führungshand von Frauen legen? –, weil wir eine Unterrepräsentanz haben. Diese Unterrepräsentanz hat keine natürlichen oder anthropologischen Gründe, sondern gesellschaftliche Ursachen, und denen muss man entgegenwirken. Ich finde nicht, dass das ein Plädoyer gegen künstlerische Qualität ist. Das würde ja heißen, auf Frauen in Leitungspositionen Wert zu legen, würde bedeuten, an der künstlerischen Qualität Abstriche zu machen. Diese Logik wird hier keiner vertreten. Insofern ist es eine Scheindebatte. Wir sollten diese Scheindebatte nicht weiter führen.

Wenn ich schon bei Herrn Kluckert bin: Ich finde, wir müssten Kulturförderung auch betreiben, wenn nicht so viele Touristinnen und Touristen in die Stadt kämen und nicht so viele Menschen hier in Berlin davon leben würden. Also auch wenn wir ein Dorf am Rande Brandenburgs wären, das nicht im Hotspot der Tourismusindustrie liegt, würde sich künstlerische Förderung aus der Notwendigkeit von künstlerischer Förderung erklären. Trotzdem haben Sie natürlich recht, dass eine Stadt wie Berlin mit ihren Pfunden auch wuchern sollte. Das sollten wir auch machen. Insofern hat zum Glück jede Kunstförderung auch noch den Effekt, dass davon Menschen leben, dass davon die Stadt Ausstrahlung erzielt usw., aber wir machen Kulturförderung erst einmal als Kulturförderung zum Zwecke der Kulturförderung.

Natürlich steht auch die Qualität dort im Mittelpunkt. In unseren Förderprogrammen sind überall Jurys am Start – überall –, und diese Jurys entscheiden nach künstlerischer Qualität. Dass wir nebenbei auch so was wie Impact-Förderung und dergleichen machen mit vergleichsweise geringen Anteilen am Gesamtetat, hat etwas damit zu tun, dass auch Chancengleichheit herzustellen ein relevanter und realer Belang ist. Deswegen gibt es Förderpreise nur für Frauen zum Beispiel – finde ich auch gut –, um Frauen zu empowern und die Sichtbarkeit von Frauen im Kulturbetrieb zu stärken. Das ändert aber nichts daran, dass künstlerische Qualität bei der Kulturförderung ausschlaggebend bleibt. Daraus machen wir aber keinen Gegensatz.

Dann zum Thema Identitätspolitik: Das ist mir ein zu vager Begriff, mit dem kann man alles Mögliche machen. Ich stimme Herrn Juhnke absolut zu, dass es Gefährdungen der Kunstfreiheit nicht nur von rechtspopulistischer oder rechtsradikaler Seite gibt. Da haben Sie völlig recht. Ich habe das beim Pop-Kultur-Festival erlebt, als irgendwelche BDS-Aktivisten eingeflogen sind und den ganzen Laden in Stimmung gebracht haben, um danach gleich wieder vom Platz zu gehen. Man muss sich ihnen unterschiedslos entgegenstellen. Wenn allerdings Häuser sich mit Praktiken der Vergangenheit auseinandersetzen, mit Blackfacing oder Ähnlichem, dann, finde ich, ist es absolut an der Zeit, dass sie das tun. Dann tun sie das übrigens nicht auf Anordnung des Kultursenators, sondern als Bestandteil ihrer künstlerischen Praxis, sich mit der gelebten gesellschaftlichen Umwelt auseinanderzusetzen. Da mag es auch mal Fehler geben, dass Leute auch mal über das Ziel hinausschießen, im Großen und Ganzen gibt es da aber vor allem eins, nämlich massive, überkommene Defizite, und deswegen mache ich allen nur Mut, sich diesen Fragen tatsächlich zu stellen und da keine Sorge zu haben.

Zur ZLB kann ich nur sagen: Es war ein redaktioneller Fehler in der Koalitionsvereinbarung, den wir, lieber Herr Kluckert, in den Richtlinien der Regierungspolitik korrigiert haben. Wir planen selbstverständlich an der ZLB weiter, und zwar sofort, und tun das auch schon. Also da ist an einer Stelle in der Überarbeitung ein Passus geändert worden, der nicht dem Willen der Beteiligten entsprach, aber das Schöne ist, dass man so was mit Richtlinien der Regierungspolitik in Ordnung bringen kann. Schauen Sie da noch mal nach, da steht es drin! 450 000 Euro als Kofinanzierung für ein Denkzeichen gegen Kolonialismus, von dem der Deutsche Bundestag die andere Hälfte schon bereitgestellt hat, stelle ich jetzt nicht gegen ein Projekt von bestimmt einer halben Milliarde Euro wie die ZLB. Also das eine verunmöglicht das andere nicht und umgekehrt.

Was das Migrationsmuseum angeht, vertrete ich die These: Wenn wir unsere existierenden Landesmuseen stärker darauf verweisen, dass Migrationsgeschichte auch zur Landesgeschichte gehört, und sie das in ihren Themen in gewisser Weise aufbereiten und dafür unsere Unterstützung bekommen, dann ist dem Themenkomplex, auch der Migrationsgeschichte dieser Stadt eine größere Sichtbarkeit zu verleihen, richtig gut Rechnung getragen. Ob das in ein Migrationsmuseum münden muss, weil wir es später auch noch brauchen, die Frage kann man dann immer noch beantworten, aber sie muss nicht am Anfang der Debatte stehen. So verstand ich auch den Passus in der Koalitionsvereinbarung, der gesagt hat: Wir prüfen das, aber wir wollen vor allem die Sichtbarkeit von Migrationsgeschichte der Stadt in unseren eigenen Einrichtungen stärker in den Fokus rücken. Verantworten tun das die Einrichtungen.

Bevor Torsten Wöhlert noch mal auf die Atelierraumfrage eingeht, will ich eine letzte Bemerkung zu den Fördergesetzgeschichten machen. Musikschullehrkräfte: Da haben wir einen guten Stand, daran müssen wir weiterarbeiten. Denkmalpflege – dazu wird Gerry Woop vielleicht noch ganz kurz was sagen können. Zur Evaluation kann ich nur sagen: Evaluation macht man immer mit den Verbänden, aber das ist immer ein Vorgang von Förderinstrument zu Förderinstrument. Wir haben endlos viele davon. Wir haben zwei oder drei dieser Förderinstrumente in der vergangenen Legislaturperiode evaluiert, darunter die spartenoffene Förderung bei den darstellenden Künsten. Wir werden uns jetzt angucken, für welche zwei, drei Förderinstrumente man das wieder machen kann. Wir machen das in der Regel tatsächlich an so einer Art Runden Tisch mit den Verbänden der freien Szene, mit den fachspezifisch Aktiven und laden dazu dann auch Abgeordnete ein – das haben wir in der vergangenen Legislaturperiode auch gemacht –, die Debatte mit uns gemeinsam zu führen.

Zu den Fördergesetzen: Ein Bibliotheksgesetz hätte ich gerne, und ich glaube auch, dass man über Musikschulstandards, weil die sich praktikabel in Gesetze fassen lassen, ernsthaft nachdenken kann. Ich habe auch nicht per se etwas gegen ein Kulturfördergesetz, ich sage nur immer: Es macht viel Aufwand, ein solches Gesetz zu schreiben. Wie Prof. Peter Raue in der Veranstaltung, die der Landesmusikrat, glaube ich, dazu mal gemacht hat, aber betont hat, löst es das Problem nicht, dass Kultur damit nicht Pflichtaufgabe wird, und man kann bestimmte Standards in ein solches Gesetz nicht formulieren und damit den Haushaltsgesetzgeber binden. Ich glaube, dass es Vorstellungen davon gibt, was ein solches Gesetz leisten kann, die mit der haushaltspolitischen Wirklichkeit nichts zu tun haben. Dann muss man sich genau überlegen, ob man die Ressourcen für die Erstellung eines Gesetzes, in dem am Ende nur Programmsätze stehen, die wir sowieso zur Grundlage unserer Arbeit machen, inklusive des ganzen Monitorings und Reportings anschließend, und dazu entsprechende Stellen in den

Kulturverwaltungen binden will, die für andere Dinge nicht zur Verfügung stehen. Die Frage muss am Ende beantwortet werden.

Ich bin nicht per se gegen irgendwas, ich sage nur, man muss über die Erwartungen reden, die die jeweils Beteiligten damit verknüpfen, und sich die Frage beantworten, ob diese Erwartungen damit real erfüllt werden können, und da bin ich eben skeptisch als Jurist, den ich ja mal gelernt habe. Nach vielen Gesprächen mit anderen Juristinnen und Juristen und auch, nachdem ich mir angeguckt habe, was Sachsen und Nordrhein-Westfalen da jeweils gemacht haben, kriegt man ja einen Eindruck davon, und da sage ich: Das muss man sich dreimal überlegen. – Aber wenn wir ein Bibliotheksgesetz als Einstieg und auch ein Musikschulgesetz in dieser Legislaturperiode hinkommen würden, das wäre schon schön. Gesetze macht aber bekanntlich immer noch das Parlament, und wenn ich von den Vorhaben des Senats rede, bin ich auch voller Respekt vor diesem Haus und vor seiner Kompetenz, am Ende zu entscheiden, welche Gesetze in diesem Land erlassen werden und welche nicht.

Vorsitzende Laura Neugebauer: Ich habe jetzt gehört, dass die beiden Staatssekretäre auch noch mal Redebeiträge haben, ich habe auch noch eine Meldung gesehen, aber ich sehe auch, dass wir bereits fünf Minuten nach 16 Uhr sind und wir um 16 Uhr unterbrechen müssten. Deswegen würde ich jetzt unterbrechen und mit den Staatssekretären direkt nach der Pause einsteigen. Es ist jetzt 16.08 Uhr. Das heißt, ich würde genau 15 Minuten Pause machen, und wir wären um 16.23 Uhr wieder hier im Raum. Ich würde Sie aber bitten, den Raum auch zügig zu verlassen, damit wir diese 15 Minuten einhalten können.

[Lüftungspause von 16.08 Uhr bis 16.29 Uhr]

Dann steigen wir gleich ohne weitere Umstände ein. Ich habe von Herrn Senator Lederer die Info, dass er ab jetzt durch Herrn Staatssekretär Wöhlert vertreten wird. Wir haben jetzt die Redebeiträge der beiden Staatssekretäre. Ich würde mit Herrn Dr. Wöhlert anfangen. – Sie haben das Wort.

Staatssekretär Dr. Torsten Wöhlert (SenKultEuropa): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, für das Wort! – Ich würde gern auf die Bemerkung von Herrn Kluckert zum Atelierprogramm eingehen, damit sich hier nichts Falsches festsetzt. Es gibt dieses Atelieranmietprogramm – der Senator hat es gesagt – seit 1993, das im Prinzip darauf basiert, vor allem zu Beginn ganz stark auf dem basierte, was Sie beklagt haben, dass es nicht stattfindet, nämlich der Anmietung von Räumen, die für Ateliers geeignet sind, von Privat zu einem möglichst niedrigen, marktüblichen Preis, und dann werden diese Ateliers zu geförderten oder subventionierten Preisen weitervermietet an Künstlerinnen und Künstler, und die Vergabe erfolgt durch den Atelierbeirat des BBK.

Es gibt für diese Weitergabe oder für diese Vermietung zwei Kriterien. Das eine ist die künstlerische Professionalität: Ich muss nachweisen, dass ich professionell arbeitender Künstler oder Künstlerin bin –, und es gibt eine gewisse soziale Einordnung: Ich muss nachweisen, dass ich ein bestimmtes Einkommen nicht überschreite. – Dann bin ich berechtigt, ein solches Atelier zu mieten. Die Möglichkeit, dieses Atelier zu mieten, war eine Zeit lang auf acht Jahre begrenzt. Das ist während der Sparjahre hier in Berlin eingeführt worden. Das ist heute wieder entgrenzt. Das heißt, so lange die Kriterien gelten, ich die sozialen und künstlerischen Kriterien erfülle, also weiterhin Profikünstler bin und hauptsächlich davon lebe, besteht dieses Mietverhältnis fort.

Es gibt eine zweite Säule in diesem Atelierprogramm, das heute mehr ist als ein Atelierprogramm, nämlich ein Arbeitsraumprogramm, weil dieselben oder ähnliche Kriterien auch für andere Räume anderer Sparten gelten. Wir machen das nicht nur mit Räumen für bildende Künstler, sondern auch im Bereich der darstellenden Kunst und vor allen Dingen der Musikräume. Die zweite Säule ist, dass wir landeseigene Liegenschaften über den Portfolioausschuss für die Kultur sichern und dann mit Investitionsmitteln, die wir im Haushalt haben, diese zu Probenarbeitsräumen für Künstlerinnen und Künstler aller Sparten ausbauen und diese dann zu auch wieder geförderten Preisen, quasi zum Selbstkostenpreis, an diese Künstlerinnen und Künstler vermieten. Die Vergabe wiederum erfolgt nicht über die Kulturraum GmbH und auch nicht über die Verwaltung, sondern wieder über entsprechende Verbände.

Es gibt eine Ausnahme im Bereich der darstellenden Künste. Wenn Sie sich mal das Theaterhaus in Mitte angucken: Das ist eine ehemalige Schule, eine landeseigene Immobilie. Da sind jetzt Probenräumen für im weitesten Sinne darstellende Künste drin. Das wird vom Förderband e. V. gemanagt. Dieses Management bezahlen wir und auch die notwendigen Investitionskosten, die es hat, um das zu betreiben, also einen Hausmeister, wenn der Wasserhahn kaputt ist etc. Hier erfolgt eine Vermietung auf Zeit. Das heißt, wer immer einen Probenraum braucht, kann sich da hinwenden: Mittwoch, 18 Uhr bis 23 Uhr, soundso viele Quadratmeter, vier Leute –, und dann geht das nach dem Prinzip First Come, First Served, aber das geht dann auch sieben Tage die Woche. 365 Tage im Jahr sind diese Objekte tatsächlich vermietet. Ich will damit sagen, dass das sehr spartenspezifisch ist. Atelier: eine begrenzte Zeit. Da wird ein Schlüssel übergeben, und dann war es das. – Hier ist ein anderes Management dahinter. Das macht das Land Berlin mit seinem Arbeitsraumprogramm.

Da will ich gleich versuchen, die Frage von Frau Billig zur Kulturraum GmbH mit aufzugreifen. Die Idee bei dieser GmbH ist tatsächlich die, den Prozess des Suchens der Immobilie, des Anmietens, wenn man sie dann von Privat anmietet, und/oder des Herrichtens der Immobilie, wenn es eine landeseigene ist, möglichst effizient zu machen. Sie benutzen den Ausdruck „zentralisieren“. Das ist okay und manchmal auch notwendig, um die Prozesse schneller zu machen, denn das war die Analyse, die wir 2016 oder 2017 hatten: Es geht zu langsam. Da ist eine sogenannte Zentralisierung sicherlich sinnvoll. Sie ist nicht sinnvoll, wenn sie mit einem Kontrollwahn einhergehen würde und man alles in eine Hand packen wollte, was nicht zwangsläufig in eine Hand gepackt gehört, bzw. wenn man, was nicht der Fall ist, zum Beispiel solche Sachen wie Vergaben auch noch an sich ziehen würde, was ausdrücklich nicht gewünscht ist und auch nicht passiert.

Mein Plädoyer wäre, weil wir auch den Auftrag des Parlaments haben, dieses Konstrukt nach einer gewissen Zeit mal zu evaluieren, woran wir auch ein eigenes Interesse haben, etwas

flapsig gesagt: Kommt jetzt mal alle zusammen, arbeitet mal nach einem verabredeten Modus, lasst den mal anderthalb Jahre laufen, und dann wird von außen geguckt und neutral und offen evaluiert, und dann schauen wir, ob es funktioniert oder nicht. Was nicht funktioniert, wird geändert, und was funktioniert, kann man vielleicht lassen. – Aber man sollte diesen Prozess wirklich mal durchlaufen lassen, um ihn wirklich evaluieren zu können und zu sagen: So sind die Prozesse gemeint gewesen. Ich bin jetzt Teil eines Bündnisses. Ob mir da jede Rolle gefällt, ist vielleicht nicht entscheidend, sondern wir gucken uns das nach einem Jahr an, und dann wird gesehen, ob es richtig so wahr oder falsch.

Vorsitzende Laura Neugebauer: Dann gebe ich das Wort Herrn Staatssekretär Woop.

Staatssekretär Gerry Woop (SenKultEuropa): Danke, Frau Vorsitzende! – Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Herr Abgeordneter Juhnke! Zu Ihrer Frage, was die Revision der Denkmaltopographie meint: Das meint einen Prozess, der ganz im klassischen Wortsinne eine Überprüfung vornimmt, ein Wiederansehen, ein Ordnen des Denkmalbestandes im Vergleich zur Denkmalliste, die wir in Berlin haben. Dieser Prozess ist schon einige Jahre am Laufen. Er lässt sich mit den Personalressourcen, die wir im Landesdenkmalamt im Bereich der Inventarisierung haben, auch nicht beschleunigen. Wir gehen Bezirk für Bezirk durch oder auch nach Themen, vergleichen Objekte, sehen die in der Denkmalliste an, sehen das vor Ort an. Wir prüfen, ob dort die Kategorisierung noch korrekt ist. Wir sorgen dafür, dass bei der Inventarisierung auch eine Aktualisierung erfolgt, dass also die denkmalwertbegründenden Elemente genauer beschrieben werden, weil das in der Gegenwart und in der Perspektive teilweise gerichtsfest für Streitfragen erfolgen muss. Dann mündet der ganze Prozess in eine Dokumentation. Es gibt also schon eine ganze Reihe von Denkmaltopographien von Bezirken, die Sie vielleicht schon kennen, und hier gehen wir weitere Bezirke durch. Wenn wir dann zu einem Thema oder zu einem Bezirk fertig sind, wird die Dokumentation dort aufgestellt. Parallel läuft natürlich dann die Aktualisierung der Unterlagen, und wenn die Digitalisierung noch effizienter läuft, dann kommen diese Begründungen in die entsprechenden Datenbanken und sind dann für die Denkmaleigentümer in der Stadt nutzbar.

Frau Abgeordnete Billig, zu Ihrer Frage: Ich glaube, Sie haben zwei Themen adressiert. Das eine ist die Verbindung von Denkmalschutz und Klimawandel. Das behandeln wir nicht als Widerspruch, sondern versuchen in der Tat, es zu vereinbaren. So ist es auch in der Koalitionsvereinbarung dargelegt. Wir sind mit der Obersten Denkmalschutzbehörde und mit dem LDA an dem Thema insoweit am Arbeiten, als wir die Renovierungswelle der Europäischen Union nutzen und uns dazu einbringen, wie diese übersetzt wird, weil die Klimaziele erreicht werden müssen, weil das auch Abwägungsprozesse zwischen Behörden prägt. Aber wir müssen damit in der Praxis umgehen und uns darauf einstellen. Das versuchen wir. Wir versuchen erst mal, in Bezug auf die Diskussion zu dieser Rahmenvorgabe den Stellenwert von Denkmalen herauszuheben und die Spezifik von Denkmalen dort mit zu berücksichtigen, damit man die Häuser im Einzelnen ansieht und anhand der Einzelbewertung Entscheidungen trifft, was dort an Maßnahmen umgesetzt werden kann oder nicht. Das ist der eine Prozess.

Wir arbeiten im Land wiederum mit Leitfäden. Das ist Thema von Besprechungen zwischen dem LDA und den Unteren Denkmalschutzbehörden, auch von Arbeitsworkshops, teilweise mit Gästen der Obersten Denkmalschutzbehörde. Das ist ein laufender Prozess, der sich an bestimmten Einzelthemen festmacht, wenn es zum Beispiel um Solaranlagen geht oder, was für viele Beschäftigte ein Thema ist, die Frage der Wärmeeinstrahlung, wenn es um Jalousien,

also Fassadenveränderung von Gebäuden, geht. Auch dazu gibt es Leitfäden, mit denen wir arbeiten.

Das zweite Thema, das Sie angesprochen haben, ist das der Verbindung von Denkmalschutz und Baukultur. Dort bin ich ein bisschen vorsichtig. Wir bewegen uns da auf einer Abstraktionsschiene vom Denkmal, was nach dem Denkmalschutzgesetz genau definiert ist, über die besonders erhaltenswerte Bausubstanz hin zur Baukultur. Die Baukultur ist im Bereich der Stadtentwicklung ressortiert, dort auch in dem Ausschuss sozusagen. Da gibt es Verbindungen zu uns, und wir thematisieren das auch in der Obersten Denkmalschutzbehörde. Es gibt auch Diskussionen im Landesdenkmalrat, der meinen Senator berät. Dort spielen diese Themen eine Rolle, kehren immer wieder. Die Frage können Sie sicherlich noch mal auch erwägen, inwieweit bei einer Anhörung dort Beziehungen noch mal hier auch Gegenstand sein können. Im Landesdenkmalrat war es schon und wird es wieder auftauchen – die Verbindung zur Baukultur. Denkbar ist sicherlich auch eine Art von Workshop. Ich bin offen für solche Diskussionen, aber es ist eine, die etwas aus der klassischen Denkmalkategorie rausgeht und Verbindungen zur Stadtentwicklung hat. – Herzlichen Dank!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Dann haben wir noch von vor der Pause die Redemeldungen von Herrn Kluckert.

Florian Kluckert (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Jetzt ist er leider weg, aber ich möchte trotzdem noch mal auf den Kultursenator antworten, weil ich es eine ganz schöne Unterstellung fand, was er hier abgefeuert hatte, in dem er indirekt gesagt hat, ich wäre der Auffassung, dass die künstlerische Qualität schlechter werden würde, wenn man eine Frauenquote einführt. Erstens würde ich so etwas nie sagen, und zweitens ist das auch völliger Quatsch. So eine Unterstellung hier zu verbreiten, finde ich ungeheuerlich. Es steht ganz klar im Koalitionsvertrag eben nicht drin, wie er gesagt hat, dass die künstlerische Qualität für die Projektförderung das Maßgebliche ist, sondern im Koalitionsvertrag steht drin: In den Projektförderprogrammen wird Diversität und Gleichstellung neben künstlerischer Qualität zu einem entscheidenden Kriterium. – Auf gut Deutsch: Diversity und Gleichstellung ist das entscheidende Kriterium, und das andere wird zu Nebensächlichkeiten, und das hatte ich gesagt, und genauso steht es bei Ihnen drin. Von daher finde ich es gerade, wenn man mit den beiden Staatssekretären und dem Senator ein Dreierteam aus Männern hat, so etwas zu unterstellen, doch schon sehr weit hergeholt. Dann könnte ich im Umkehrschluss sagen: Wenn Sie glauben, die Qualität wird besser, indem man eine Frauenquote einführt, müssen Sie sich daran auch selbst messen lassen.

Vorsitzende Laura Neugebauer: Herr Dr. Wöhlert!

Staatssekretär Dr. Torsten Wöhlert (SenKultEuropa): Ich habe meinem Senator auch sehr aufmerksam zugehört. Ich habe nicht gehört, dass er Ihnen unterstellt hat, sie würden sagen, Frauen würden per se schlechtere künstlerische Qualität abliefern. Das habe ich nicht gehört. Er hat etwas anderes gesagt. Er hat gesagt, es ist nicht vorstellbar, dass Frauen nicht die gleiche künstlerische Leistung erbringen können, und doch haben wir diese Geschlechterungerechtigkeit, wenn wir uns die Leitungsebenen angucken. Also muss es Kriterien geben, die jenseits des künstlerischen Profils oder der künstlerischen Qualität sind, die es ermöglichen – in Führungszeichen – oder die dazu führen, dass es zu dieser Disparität kommt. – Das ist Punkt 1. Das hat er gesagt, und ich glaube, damit hat er auch recht.

Punkt 2: Wenn Sie den Koalitionsvertrag richtig lesen, dann steht dort, dass neben künstlerischer Qualität – und die künstlerische Qualität ist vorn genannt – auch andere Kriterien – und Sie haben sie aufgezählt – bei der Vergabe von Projektgeldern eine Rolle spielen sollen. Das heißt nicht, dass künstlerische Qualität nachrangig ist, sondern dass neben der Frage der künstlerischen Qualität – das ist quasi die *Conditio sine qua non* – weitere Kriterien herangezogen werden, wenn man, und das ist in allen Projektförderungen so, Anträge auf dem Tisch hat, die künstlerisch als gleichwertig gut betrachtet werden, und man trotzdem auswählen muss. Man hat zehn Anträge und nur zwei oder drei Projekte zu vergeben, und dann kommen Auswahlkriterien. Es ist sehr oft so, dass man dann sagt: Okay, die sind künstlerisch alle gleichwertig. – Dann gibt das Parlament oder gibt die Koalition jetzt Kriterien an die Hand und sagt: Dann guckt euch bitte das an, und guckt euch bitte das an! – So habe ich den Koalitionsvertrag verstanden, und so habe ich es auch verstanden, dass der Senator versucht hat, das zu erklären.

Vorsitzende Laura Neugebauer: Ich sehe an der Stelle keine weiteren Redemeldungen. Dann schließen wir diesen Tagesordnungspunkt ab.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

Situation der Chöre

(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0022](#)

KultEuro

Hierzu: Anhörung

Vorsitzende Laura Neugebauer: Ich gehe davon aus, dass für die Koalition Frau Kühnemann-Grunow begründet.

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Wir haben uns entschieden, diesen Tagesordnungspunkt heute auf die Tagesordnung zu setzen, weil die Chöre, der Chorverband Berlin, einer der größten Amateurmusikverbände der Hauptstadt ist. Singen im Chor bedarf nicht mehr als das, was man selbst mitbringt. Man muss kein großartiges Instrument spielen. Das ist ein sehr niedrigschwelliges Bildungs- und Kulturangebot. Wir wissen, dass die Chöre besonders unter den Coronamaßnahmen, den Hygieneregeln, den Abstandsregeln gelitten haben. Da wurde nach den Hygieneregeln geprobt. Es wurden Konzerte vorbereitet und wieder abgesagt. Ich weiß von Chören, die sich draußen in Parks getroffen und gesungen haben. Da uns in der Koalition die Chöre besonders am Herzen liegen, weil sie all das erfüllen und weil sie Menschen zusammenbringen – wo man singt, da lass dich nieder –, war es uns wichtig, dass wir das heute auf die Tagesordnung setzen. Ich freue mich ganz besonders, dass Petra Merkel den Weg zu uns gefunden hat und heute als Präsidentin des Verbandes berichten wird und dass sie so viel Geduld mit uns hatte, da sie so lange auf uns warten musste, aber sie kennt das Haus vielleicht noch. – Danke schön!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Dann begrüße auch ich als Anzuhörende Frau Petra Merkel, Präsidentin des Chorverbandes Berlin. Ich darf feststellen, dass Sie mit den Liveübertragungen und Bild- und Tonaufnahmen der Presse einverstanden sind.

Petra Merkel (Präsidentin des Chorverbandes Berlin): Ja, das bin ich.

Vorsitzende Laura Neugebauer: Ich gehe davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls auch hier gewünscht ist. – Ich höre keinen Widerspruch, dann machen wir das so. – Möchte der Senat ein einleitendes Statement abgeben?

Staatssekretär Dr. Torsten Wöhlert (SenKultEuropa): Frau Vorsitzende! Das möchte er auch mit Blick auf die Uhr nicht, sondern gibt seine Zeit gern Frau Merkel.

Vorsitzende Laura Neugebauer: Dann beginnen wir mit der Stellungnahme von Frau Merkel. Danach folgt eine Runde, in der die Mitglieder des Ausschusses ihre Fragen stellen können. Im Anschluss daran haben Sie die Gelegenheit, diese Fragen zu beantworten. Ich würde Ihnen jetzt das Wort geben. Sie haben ca. fünf Minuten Zeit für Ihr Eingangsstatement.

Petra Merkel (Präsidentin des Chorverbandes Berlin): Schönen Dank, Frau Vorsitzende! – Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Staatssekretäre! Ich freue mich, dass ich hier sein und Ihnen etwas über die Chöre in dieser Stadt berichten kann, was nicht immer gut ist, aber wo wir wirklich in einer sehr guten Kooperation sind.

Als Chorverband sind wir, wie schon gesagt, der größte Amateurmusikverband der Hauptstadt, und es ist ganz gut mitzukriegen: Ich bin nicht nur Präsidentin des Chorverbandes Berlin, sondern auch Vizepräsidentin des Deutschen Chorverbands. Wir tauschen uns aus. Wir sind immer in Abstimmung, und da merke ich auch, dass Berlin mit seinen Chören gut aufgestellt ist. Wir sind die Stimme der Amateurchöre in Berlin. Wir haben natürlich unter der Zeit der Coronapandemie gelitten, das ist keine Frage, aber wir verknüpfen eben auch Berlin und den Bund mit unseren Chören.

Grundsätzlich muss man sagen, dass die zwei Jahre Pandemie in zwei Bereiche erheblich reingehauen haben –so sage ich mal–, die es insgesamt in der Gesellschaft in dieser Zeit schwer gehabt haben. Das sind die Jungen, und das sind die Alten. Wir haben gemerkt, dass die Kinder- und Jugendchöre vor allen Dingen daran kranken, dass sie wenig proben konnten. Sie sind zum Teil sehr kreativ gewesen. Ich kann mich gut an den Clara-Schumann-Chor erinnern, der jeden Abend 20 Minuten digital per Zoom mit den Kindern geprobt und dadurch den Chor zusammengehalten hat. Das ist so schön, dass ich Ihnen das hier erzählen wollte.

Wir machen uns aber Sorgen um die Schulchöre, denn die sind wirklich zwei Jahrgänge ausgefallen. Das bedeutet, dass Schulchöre dann nicht mehr diese Präsenz innerhalb ihrer eigenen Schule und nicht mehr die Identifizierung mit der eigenen Schule haben. Da müssen wir gucken, wie wir durch Chorfreizeiten, durch Chorfahrten, durch die Möglichkeit, von Ihnen aus mit der Senatsverwaltung für Bildung darüber zu reden, Verbesserungen erzielen, damit wir diese Phase überwinden können. Das heißt, es muss zusätzliche Angebote geben.

Wir brauchen das Singen in der Schule, und zwar so schnell wie möglich. Jetzt hoffen wir wieder, dass es besser wird, dass es rückläufige Inzidenzzahlen gibt und dass wir auch wieder draußen im Freien singen können. Auch das wird die Schulen erleichtern, aber es muss neue Möglichkeiten geben. Dazu dienen auch die Filter, die Sie hier aufgestellt haben, die jetzt langsam in die Schulen kommen und es deswegen auch dort verbessern werden.

Bei den Seniorenchören ist es in der umgekehrten Art und Weise. Da haben wir den Eindruck, dass es sowieso im höheren Alter Zeit ist, vom Singen Abschied zu nehmen. Wenn dann so eine Pause von einem halben oder einem Jahr eintritt, dann merken die Menschen, dass die Stimme nicht mehr so wie früher ist, irgendwann muss es sowieso sein, und dann gehen sie da gar nicht mehr hin, auch wenn es wieder möglich ist. Dieses Sich-Verabschieden oder Zurückziehen aus einem Chor umfasst mehr als nur das gemeinsame Singen. Es geht um einen Lebensinhalt, eine Gemeinschaft. Das ist gemeinsames Proben für einen Auftritt. Das ist eine große Beziehung und Verbindung. Dass man das häufig sang- und klanglos gemacht hat, ist auch keine richtige Verabschiedung und ist nicht eine gute Möglichkeit, so einen Lebenszeitraum zu verlassen.

Wir werden alles daran setzen, dass wir die Seniorenchöre erhalten. Wir können Ihnen im Augenblick noch nicht sagen, wie die Zahlen bei uns sind. Wir erheben die immer zum Ende eines Jahres. Zum Ende Februar müssen von den Chören alle Bestände vom 31. Dezember 2021 gemeldet werden. Wir hoffen, dass die Zahlen nicht so rückläufig sind, wie man das in anderen Bundesländern sieht. Wir arbeiten mit dem ganzen Team im Verband, das großes Herzblut hat und große Kreativität an den Tag gelegt hat, sehr stark daran, um alle verschiedenen Sängerinnen und Sänger weiter beim Singen zu halten.

Chöre sind der Kitt der Gesellschaft, sage ich immer. Sie wissen das alle: Chöre bauen die Brücken zwischen den Generationen, zwischen den Kulturen, und sie liefern ein großes Konzertangebot für die Stadt. Das geht manchmal unter, aber es sind ganz viele Chöre, die immer wieder Konzerte anbieten, die niedrighschwellig sind, wo das Umfeld mit einbezogen wird, wo Bezirke und kleinere Kieze mit einbezogen werden, denn sie hören dort ihren Chor. Die Identifizierung mit Chören in diesem Bereich ist etwas, was wir in dieser Stadt brauchen. Das knüpft immer wieder an Gemeinschaft an.

Die Coronafinanzhilfen sind angeboten worden. Wir hatten diese Soforthilfe von 9 000 Euro bis 15 000 Euro. Das war eher für die Chorleiterinnen und Chorleiter geeignet, für die Solo-Selbständigen, die erheblich unter Druck geraten sind. Gut fand ich die Auflage der Ehrenamts- und Vereinshilfe I und II. Die habe ich selbst für meinen Chor in Anspruch nehmen können. Ich war hellauf begeistert, dass nach diesem ersten Paket mit sehr viel Bürokratie das zweite total anders aufgelegt worden ist und viel schneller beantragt werden konnte. Herzlichen Dank dafür, dass es gelungen ist, etwas im Vereins- und Ehrenamtsbereich auf den Weg zu bringen!

Ich will kurz zur finanziellen Situation des Chorverbandes Berlin Stellung nehmen. Sie haben in der vergangenen Legislaturperiode dieses Säulenmodell unterstützt, das eingerichtet worden ist. Da sind wir auf einem guten Weg. Da sind wir in einer guten Abstimmung mit der Senatsverwaltung für Kultur. Da muss man natürlich die Ausschreibungen aneinander anpassen, man muss sie auch zeitlich richtig auf den Weg bringen, damit ganz klar ist, dass die großen Oratorienchöre und das, was die Senatsebene fördern will, beim Senat landet, und der Rest der Chöre landet bei uns, beim Chorverband Berlin. Wir schreiben dann die Projektmittel zeitgleich aus, und die Projekte werden dann über eine Jury ausgesucht. Wir haben gehört, dass bei der Aufstellung des Haushalts 2022/2023 nicht die Summe wie zuvor, die 805 580 Euro, eingestellt worden ist, sondern 50 000 Euro weniger. Wir hoffen sehr, dass das noch korrigiert werden konnte, denn das wirkt sich auf diese Projektmittel aus, die wir aus-schreiben können.

Das Deutsche Chorzentrum will ich ganz zum Schluss noch erwähnen. Wir schmieden im Deutschen Chorzentrum Ideen zusammen. Das haben wir im letzten Jahr, am 21. Juni, eröffnet, nachdem wir es einmal coronabedingt verschieben mussten. Wir sind mit dem Deutschen Chorverband in der Karl-Marx-Straße 145 in Neukölln gelandet. Als Nachbarn haben wir den Heimathafen. Wir haben ein großes Tor zwischen uns beiden, das man aufschieben kann, sodass man Synergieeffekte erzielen kann. Wir stellen alles darauf ab, dass wir eine gute Kooperation mit dem Heimathafen haben, aber wir haben auch die Neuköllner Oper in der Nähe, und es gibt in der Zwischenzeit viele kreative Zentren in diesem ganzen Umfeld. Wir haben Nachbarn, die sich bei uns melden, und wir melden uns bei denen. Wir sind in einer sehr bunten Ecke gelandet, und genau dort wollten wir hin.

Wir sind insgesamt in diesem Haus, falls Sie das noch nicht wissen, zusammen mit dem Landesmusikrat, mit der Deutschen Chorjugend, dem Deutschen Chorverband als Berliner Verband auch mit drin. Die Vokalhelden sind mit drin. Das ist das Projekt der Philharmoniker, die mit uns eingezogen sind, und wir haben das Erdgeschoss und die erste Etage für eine singende Kita, nämlich den „Kleinen Fratz“, der mit drin ist. All diejenigen sind eingezogen in dieses Haus, das mit Mitteln des Deutschen Chorverbands, mit einem Kredit des Deutschen Chorverbands, mit Mitteln des Landes Berlin über die Lottostiftung und mit Bundesmitteln gekauft und saniert werden konnte. Die Mieter dieses Hauses haben langfristige Mieten, bis zu 25 Jahre, und deswegen glauben wir, dass wir diesen Austausch, den wir dort halten, sehr gewinnbringend für die Berliner Kulturszene, für die Sängerinnen und Sänger, für die Amateurlandschaft einbringen können.

Das Letzte hatte Herr Senator Lederer schon angesprochen: Wir haben uns an dem Donnerstag nach dem Einmarsch in der Ukraine sofort mit dem Landesmusikrat zusammengeschaltet und haben mit 60 Organisationen am Freitagabend vor dem Brandenburger Tor gesungen. Wir hatten erst 100 Demonstranten angemeldet. Am Morgen des Freitags sind wir auf 1 000 gegangen. Wir waren 3 500 laut Schätzung der Polizei, also vielleicht sogar noch ein bisschen mehr. Das zeigt, dass man sehr schnell kreativ etwas umsetzen kann, wenn man nicht nur gute Ideen hat, sondern auch die organisatorische Schlagfähigkeit besitzt, und die haben wir.

Wir müssen zwar auch immer wieder daran schrauben, dass wir die Öffentlichkeitsarbeit gut machen können. Das war in der Zeit von Corona besonders wichtig. Wir sind viel angefragt worden, das haben Sie auch mitbekommen. Man hat sich um die Chöre gesorgt. Aber da sind wir auf einem guten Weg, auch in Gesprächen mit der Senatsverwaltung für Kultur. – Ich will es erst mal dabei bewenden lassen. Ich habe Ihnen noch mitgeteilt, an welchen Punkten wir überall gearbeitet haben. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit! – [Allgemeiner Beifall] –

Vorsitzende Laura Neugebauer: Auf der Redeliste habe ich Herrn Dr. Juhnke. Sie können gleich anfangen.

Dr. Robbin Juhnke (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Frau Merkel! Danke für Ihre Ausführungen! Ich habe noch ein paar Nachfragen, die Ihnen Gelegenheit geben, die Dinge noch zu ergänzen, die Sie ohnehin noch sagen wollten. Zum einen ist meine Frage zum Bereich der professionellen oder semiprofessionellen Sänger, freischaffenden Chorsängerinnen und -sänger: Welche Rolle spielen die für die Amateurchöre? Was hat sich da unter Corona

verändert? Wir haben festgestellt, dass auch in vielen anderen Bereich eine Abwanderungstendenz aus dem ganzen Bereich Kultur besteht, seien es die Nebengewerke, aber teilweise auch die Künstler selbst, die sich beruflich anders orientiert haben. Gibt es schon eine erste Feststellung in der Richtung, ob auch die Chöre davon betroffen sind?

In dem Zusammenhang auch zum Thema Nachwuchsgewinnung: Nun ist es sicherlich durch Corona alles ein bisschen anders geworden. Wie ist es in der Vergangenheit gelaufen? Welche Perspektiven sehen Sie für den Bereich?

Sie haben zum Chorzentrum schon das eine oder andere gesagt, aber es heißt „Deutsches Chorzentrum“. Es wirkt über Neukölln hinaus, auch wenn ich – ich darf es anfügen – als Neuköllner Abgeordneter selbstverständlich zur Öffnung da gewesen bin, geht es gleichwohl nicht nur um die Belebung des Kiezes, sondern um eine nationale Aufgabe. Welche Synergieeffekte sind da zu erkennen? Das würde mich interessieren.

Bei der Gelegenheit noch die Frage, wie Sie es einschätzen würden, wenn wir eine stärkere gesetzliche Grundlage bei der Kulturförderung einführen würden, beispielsweise analog zu Amateursportvereinen, die staatliche Einrichtungen, also die Infrastruktur, für ihren Sport nutzen können. Ähnliches könnte man ja auch bei den Chören stärker begründen, was den Zugriff auf staatliche oder staatlich finanzierte Räume bedeutet usw. Was würde das aus Ihrer Sicht für ein Vorteil sein, wenn es ein Vorteil ist? Wie beurteilen Sie das? – Vielen Dank!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Dann habe ich als Nächstes Frau Billig auf der Redeliste.

Daniela Billig (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank, Frau Merkel, dass Sie heute hier sind. Ich glaube, wir wissen alle, wie wichtig Amateurmusik für unsere Gesellschaft ist, wie wichtig es ist, dass die Berlinerinnen und Berliner, wir alle, die Möglichkeit haben, uns in unserem privaten Raum auch künstlerisch, kreativ zu betätigen, ohne dass das gleich etwas ist, womit man sein Geld verdient. Ich habe selber schon mal lange im Chor gesungen und kenne auch irre viele Leute, die das machen und die wahnsinnig große Freude daran haben. Umso mehr hat mich die Frage beschäftigt, die Herr Juhnke gerade angesprochen hat. Vielleicht noch mal einen Schritt zurück: Wie ist denn die Situation mit Räumlichkeiten? – Das ist ja sicherlich oft nicht so leicht und wurde in der Pandemie mit dem Abstandhalten wahrscheinlich noch schwieriger. Wie ist grundsätzlich die Situation? Wie kommen Sie an Räume? Wie müssen die aussehen? Welche Institutionen sind dabei behilflich? Wie kriegen Sie die Finanzmittel dazu? Wie können wir dabei im Zweifelsfalle unterstützen?

Sie hatten erwähnt, dass Sie regelmäßig evaluieren. Fragen Sie dabei auch ab, wie die Geschlechterverteilung ist, sei es unter den Chormitgliedern oder vielleicht auch unter den Chorleiterinnen und -leitern? Das ist ganz kurz gesagt das, was mich interessiert. Ich will jetzt gar nicht weiter in die Tiefe gehen, weil die Zeit schon fortgeschritten ist. Vielleicht haben wir aber bei Gelegenheit doch noch mal Zeit, uns weiter damit zu beschäftigen und das dann zu vertiefen. – Danke schön!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Dann hat sich Frau Dr. Schmidt gemeldet.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE): Vielen Dank! – Vielen Dank erst mal für Ihre Ausführungen und vor allem für das Engagement, dass Sie auch während der Coronazeit so tolle Angebote gemacht haben. Das fand ich wirklich beeindruckend. Umso mehr interessiert mich jetzt Folgendes: Frau Billig hat ja schon nach den Räumen gefragt. Sie haben auch auf den Umstand verwiesen, dass gerade in den Schulen jetzt zwei Jahrgänge weggebrochen sind. Sind denn auch Räume für Proben weggefallen? – Denn die Schule ist ja auch oft ein Ort, wo die Räume groß genug sind, um proben zu können. Die haben ja nun auch in der Pandemiezeit nicht zur Verfügung gestanden. Wie sieht es jetzt mit Räumen in Schulen aus? Wo können wir gegebenenfalls noch unterstützen? – Zu einem bestimmten Zeitpunkt sind die Schülerinnen und Schüler ja nicht mehr in den Schulen, und die Räume stehen ja trotzdem zur Verfügung.

Vorsitzende Laura Neugebauer: Als Letztes habe ich noch Herrn Kluckert auf der Redeliste.

Florian Kluckert (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank, Frau Merkel, für diese Ausführungen. Es ist tatsächlich erstaunlich, wie viele Menschen sich im Chor engagieren. Ich habe mich vor geraumer Zeit mal genauer damit beschäftigt und freue mich als Neuköllner Abgeordneter natürlich sehr – ich war ja auch damals beim Richtfest –, dass dieses neue Chorzentrum, das Haus der Musik, dort entstanden ist. Es ist ja das alte Rixdorf, sodass man sagen kann: In Rixdorf ist wieder Musike. – Das belebt natürlich die Karl-Marx-Straße und den Bezirk ganz enorm. Das ist ein kultureller Leuchtturm, der da entstanden ist.

Viele Fragen, die ich hatte, sind jetzt schon abgearbeitet worden. Deswegen vielleicht nur noch eine Frage, obwohl sie eher in den Bereich des Landesmusikrats fällt, aber Sie sind mit Sicherheit auch involviert. In diesem Jahr wird im Juni wieder der Chortreff stattfinden, wo

jedes Mal sehr viele Chöre mit dabei waren. Vielleicht haben Sie eine Idee, wie die Politik hier aktiv unterstützen und sich engagieren könnte, dass dieses großartige Event weiterhin stattfinden kann.

Vorsitzende Laura Neugebauer: Jetzt kamen noch zwei Meldungen dazu. – Als Erstes ist jetzt Herr Trefzer dran.

Martin Trefzer (AfD): Vielen Dank! – Ich wollte noch mal einen Aspekt herausgreifen, Frau Merkel. Wir hatten im April letzten Jahres Frau Annette Breitsprecher vom Berliner Musikschulbeirat hier in der Anhörung. Sie hat das Potenzial digitaler Formate als relativ überschaubar geschildert, wenn ich das mal so sagen darf. Sie hat ausgeführt, dass das Musizieren eine ungeheuer körperliche Angelegenheit wäre, wie sie sagte, und dass ganz viel in der Instrumental- und Gesangspädagogik nicht intellektuell aufgefasst werden könne, sondern dabei das Erfahren und das Körperliche eine entscheidende Rolle spielt. Wenn ich jetzt in Ihr Papier hineinschaue, heißt es in einer Zwischenüberschrift: „Chor kann auch digital sein!“ Könnten Sie vielleicht noch mal eine Einschätzung abgeben, inwieweit das funktioniert oder es realistisch ist, auf digitale Formate zu setzen, oder inwieweit das Chorsingen und das gemeinsame Musizieren eine sehr präsentische Form der Kultur sind?

Vorsitzende Laura Neugebauer: Jetzt zum Schluss noch Frau Wolff.

Dunja Wolff (SPD): Vielen herzlichen Dank! – Frau Merkel, erst mal ganz herzlichen Dank natürlich auch von meiner Seite. Ich bin auch begeistert von der Aktion, die Sie in so kurzer Zeit auf die Beine gestellt haben. Dass Chor verbindet, ist keine Frage. Singen macht auch in der Tat den Körper frei. Es hat ja was mit der Atmung zu tun, insofern kann das ja nur gesund sein. Ich muss gestehen, ich muss auch sagen, dass Chorarbeit natürlich vor allem den Nachwuchs bringt und die Menschen fördert, die später damit professionell arbeiten wollen. Insofern brauchen wir diese Chöre. Das gemeinsame Arbeiten miteinander – miteinander atmen – und die Teamarbeit sind eine ganz entscheidende Frage.

Ich wollte hier gerne mal anfragen, inwieweit Sie die Inklusion ein Stück weit mit leben. Haben Sie die Möglichkeiten bei sich, dass Sie sagen können, wir können auch barrierefrei anbieten? Wir haben auch ganz tolle Phänomene. Ich kann mich erinnern – ich habe selber mal in einer Gehörlosenschule gearbeitet –, dass wir mit Musik, mit Tönen gearbeitet haben. Wie weit ist es bei Ihnen vielleicht schon so, dass so etwas bei Ihnen gelebt wird? – Danke!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Dann gebe ich Ihnen, Frau Merkel, nun die Möglichkeit, auf die verschiedenen Fragen zu antworten.

Petra Merkel (Präsidentin des Chorverbandes Berlin): Schönen Dank! – Ich versuche, das so kurz wie möglich zu machen. – Die erste Frage betraf die Abwanderung aus der Kultur und die Frage, inwieweit dabei auch der Bereich der Chöre betroffen ist. Ja, ich denke schon, dass Chorleiterinnen und Chorleiter sich zu einem großen Teil in einer großen Krise befunden haben, weil sie gemerkt haben, dass das, was früher ihre Standbeine waren, auf einmal völlig weggebrochen ist. Wir haben einen Chorleiterstammtisch eingerichtet, auch mit einer professionellen Unterstützung. Ich kann mir vorstellen, dass der eine oder die andere einfach versucht, sich noch besser abzusichern, um dann vielleicht zum Beispiel in die Schule zu gehen. Das wird sich jetzt aber erst zeigen. Wir haben versucht, so viel wie möglich an Chorarbeit

weiter laufen zu lassen. Wir haben nicht das Signal bekommen – – Also durch die Coronahilfen ist einiges aufgefangen worden. Wir wissen im Augenblick nicht, wie es weitergeht. Ob es wirklich einbricht, wird sich jetzt erst entscheiden, wenn das Singen wieder richtig losgehen könnte. Mal sehen, ob das auch wirklich der Fall ist.

Das Zweite sind die Nachwuchsperspektiven. Ich glaube, es ist schwierig. Wir stellen immer wieder fest, dass gerade die Ausbildung an unseren Hochschulen im Chorbereich rückläufig ist. Wir sind dran, auch mit den Hochschulen darüber zu sprechen, und werben sehr dafür, dass der Bereich Chorleitung stärker berücksichtigt wird.

Das Deutsche Chorzentrum wird sicherlich, so hoffen wir, ein Thinktank sein und sehr viele andere Zentren innerhalb der Bundesrepublik miteinander aufgreifen, vermischen. Es gibt in der Zwischenzeit mehrere Bundesländer, die ebenfalls Chorzentren eingerichtet haben. Das Deutsche Chorzentrum ist zum Glück hier in Berlin. Wir werden versuchen – coronagemäß war das natürlich nicht gerade auf der großen Prioritätenliste –, mit diesen Zentren mehr zusammenzuarbeiten und uns möglicherweise aufzuteilen, dass wir bestimmte Aufgaben einfach unterschiedlich abdecken können. Kooperation wird alles sein. Das wird digital, aber eben auch präsent sein. Es wird viel Fortbildung und Austausch werden. Das ist, glaube ich, das Größte, was man in dieser Chorszene braucht.

Es kam die Frage nach der Kulturförderung, ob man das vergleichen könnte, sodass die Amateurchöre wie Sportvereine behandelt werden. Au ja, bitte, kann ich nur sagen! Wir brauchen ganz eindeutig Räume, und das sind die Schulen. Das sind in erster Linie Schulen, die natürlich unterschiedlich von den Bezirken angeboten werden. Die Bezirke haben da ihre Kompetenz, ihre Verantwortlichkeit. Insofern: Alles, was Sie in diese Richtung unterstützen können, gerne! Die Möglichkeit von Schulräumen ist eine große Möglichkeit für viele Amateurchöre. Das ist unterschiedlich in den Bezirken. Manche machen es problemlos, andere nicht. Ich kenne immer noch einige Chöre, die noch nicht proben können, weil die Schulen noch nicht für schulfremde Personen freigegeben sind. Auch das gibt es noch. Also muss man noch eine ganze Menge öffnen. Es wird unterschiedlich gehandhabt, muss man immer wieder sagen. Aber natürlich würden wir in der Vergleichbarkeit gerne vom Sport profitieren, würden gerne, wenn es geht, den eigenen Schlüssel kriegen, um selbst auf- und zuschließen zu können und die Schulräume zu nutzen.

Es gab eine Frage nach der Abfrage bei Chören in unterschiedlichen Gesichtspunkten. Wir fragen sowohl männlich und weiblich als auch die Altersstrukturen ab. Es werden uns immer bestimmte Altersmargen angegeben, und dann haben wir eine gute Statistik über die Chöre, die bei uns singen.

Der Neuköllner Chortreff wurde noch mal angesprochen. Ja, ich denke, das wird auch weiter laufen. – [Zuruf von Florian Kluckert (FDP)] – Bitte? – Nein, der Chortreff ist berlinweit. Das sind die Auswahlentscheidungen, die dann auf die Bundesebene gehen. Das wird weiter laufen. Was wir nicht geschafft haben zu halten – das finde ich richtig schade –, ist die „chor@erlin“. Das war eine lange Zeit ein gut eingestelltes Format. Es war im Radialsystem und war das einzige große Chorfestival über zwei, drei Tage in Berlin mit vielen Workshops und Chören, die dort singen konnten, vielen Konzertveranstaltungen unterschiedlicher Formate. Das haben wir nicht über die Juryentscheidung gekriegt. Insofern ist so etwas dann einfach nicht mehr möglich.

Zur Digitalisierung bei Chören: Ja, das ist unterschiedlich. Natürlich sind in der Zwischenzeit auch Programme entwickelt worden, die diese Latenz nicht mehr so aufnehmen. Also Jamulus ist ein Programm, mit dem unsere Chöre ganz gut arbeiten können, aber das ist recht kostspielig für jeden einzelnen Sänger, jede einzelne Sängerin, um sich das in der technischen Umsetzung anzuschaffen. Ich kann nur sagen, wir haben mit meinem Chor gesungen – es ist ein Begegnungschor, niedrigschwellig, alle können mitsingen, egal, wie die Stimme ist –, und es ist gewöhnungsbedürftig, wenn man zu Hause zusammen mit dem Chorleiter singt. Aber ich habe mir immer gedacht, wenn mich ein Nachbar anspricht, sage ich: Mach doch einfach mit! – Es hält den Chor beisammen, und es hält einen Stamm von Sängerinnen und Sängern beisammen, der dann, wenn man in Präsenz miteinander proben kann, sofort wieder die anderen schneller mitzieht.

Es kommt also wirklich auf die Chöre an. Es kommt auf den Willen an, und es kommt darauf an, ob man sich das zutraut oder nicht. Aber die Digitalisierung grundsätzlich werden wir weiter brauchen und auch weiter nutzen können, denn sie bringt einfach die Möglichkeit, hybrid Angebote zu machen, zum Beispiel mit Solisten, die man sich sonst gar nicht leisten könnte oder die sonst keine Zeit haben, dass man das zusammenschalten und völlig neue Formate auch bei Konzerten entwickeln kann. Das kann man sich gut vorstellen.

Barrierefrei: Ich kann im Augenblick nicht sagen, ob wir einen barrierefreien Chor haben. Ich weiß aber, dass es in jedem Chor auch Menschen gibt, die eine Barrierefreiheit brauchen. Das werde ich im Blick behalten, ob wir da noch mal besondere Angebote machen, weil, glaube ich, auch in diesem Jahr ein großes sportliches Ereignis in Berlin stattfindet, was genau die Menschen mit Handicaps in besonderer Art und Weise beim Sportüben in unsere Stadt lockt.

Ich fände es übrigens gut, wenn es auch einen Chor von Abgeordneten im Abgeordnetenhaus von Berlin gäbe. Es ist nämlich auch gut, wenn man parteiübergreifend miteinander singt. Auch das führt manchmal zu einer Stimme zusammen, die sich hören lassen kann. Das wäre ein Angebot, das wir auch noch machen können. – Ich danke Ihnen! Ich hoffe, ich habe jetzt alle Fragen beantwortet.

Vorsitzende Laura Neugebauer: Ich sehe jetzt keine weiteren Fragen. Ich würde auf die zweite Runde verzichten. Ich hoffe, dass wir es mit sehr viel Disziplin sehr schnell durch den Rest der Tagesordnung schaffen. Ich gucke den Staatssekretär an. – Es gibt keinen weiteren Wunsch nach einem Ausgangsstatement. Dann würde ich diesen Tagesordnungspunkt vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt. – Ich danke Ihnen vielmals für die Teilnahme an der Ausschusssitzung.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.